



# **Beschlussbuch zum Landesausschuss**

**27. März 2022**

## Inhalt

Tagesordnung.....	3
Geschäftsordnung.....	3
Antrag zur Verfahrensweise.....	4
A - Arbeit .....	5
Antrag A01: Echte Zeiterfassung für Arbeitnehmer.....	5
Antrag A02: Mehr Sicherheit für Zeitarbeitnehmer*innen und befristet Beschäftigte.....	6
Antrag A03: Urlaub in der Ferienzeit.....	7
Antrag A04: Mindestvergütung für Freiwillige.....	8
Antrag A05: Tarifpflicht für den Einzelhandel.....	9
B – Bildung.....	11
Antrag B01: „Ohne Kenntnis der Geschichte bleibt die Gegenwart unbekannt“.....	11
Antrag B06: Aufklärung statt Bananen und Kondome – Sexualkundeunterricht, der seinen Namen verdient!.....	12
Antrag B07: Abschaffung des NC’s an Universitäten und Hochschulen.....	14
Antrag B08: Grundlagen von Office-Programmen in der Schule.....	15
Antrag B09: Beitragsfreie Kindergartenplätze – diesmal wirklich.....	16
Antrag B10: Unser Leben in Zeiten von Corona - wie Studierende um Ihre Existenz gebracht werden.....	17
Antrag B11: Demokratie Zukunft geben - Umdenken im politischen Schulunterricht.....	20
Antrag B13: Praktikumsregelungen für die Fachhochschulreife anpassen – Praktikant*innen steht eine Vergütung zu!.....	21
Antrag B14: Medienkompetenz für alle: Fakten als Fundament der Demokratie.....	22
Antrag B15: Antrag: Leben retten – Schwimmfähigkeit fördern.....	25
E – Europa- und Außenpolitik.....	26
Antrag E01: Neue Akzente in der deutschen und europäischen Lateinamerika-Politik.....	26
Fem – Feminismus.....	29
Antrag Fem01: Vereinbarkeit von Familie und Politik.....	29
G – Gesundheit und Pflege.....	30
Antrag G01: Mutterschaftsgeld auch für Frauen in beruflicher Weiterbildung, die noch familienversichert bei den Eltern sind.....	30
Antrag G02: Wie Niedersachsen Pflegevorreiterin werden könnte.....	31
I – Inneres.....	34
Antrag I01: Strafe für heimlich gefilmte pornografische Inhalte.....	34
Antrag I04: Errichtung einer*s Beauftragte*n gegen Rechtsextremismus.....	35
Antrag I05: Keine Abschiebungen aus Niedersachsen!.....	36
O – Organisatorisches.....	39

Antrag O01: SPD-Cloud .....	39
S – Soziales .....	40
Antrag S01: Ausnahmeregelungen für Sozialhilfe unbeschränkt beibehalten .....	40
U – Umwelt.....	41
Antrag U01: Schwarzer Kunststoff raus aus den Marktregalen .....	41
Antrag U02: Bepflanzung von Flachdächern .....	42
V – Verkehr .....	43
Antrag V02: Regelmäßige verpflichtende Sehtests für Autofahrer*innen .....	43
Antrag V04: Tempolimit auf Autobahnen .....	44
X – Sonstiges.....	45
Antrag X03: Änderung Niedersächsisches Kommunalwahlgesetz .....	45
Antrag X04: Die Wie-Für-Mich-Gemacht-Kommune: Wohlfühlräume schaffen statt Verbote und Verdrängung zu befeuern .....	46
Antrag X05: Gebt das Hanföl frei! .....	47

## Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Beschlussfassung über Tages- und Geschäftsordnung
3. Wahl einer Mandatsprüfungs- und Zählkommission
4. Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
5. Wahl eines Präsidiums
6. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.01.2020 und vom 06.02.2021
7. Bericht des Landesvorstandes mit anschließender Aussprache
8. Antragsberatung
9. Weitere Berichte
10. Verschiedenes

## Geschäftsordnung

1. Die Sitzung des Landesauschuss wird vom Präsidium entsprechend der Tagesordnung geleitet. Entscheidungen trifft das Präsidium mit einfacher Mehrheit.
2. Initiativanträge aus aktuellem Anlass können nach Antragschluss bis zum Beginn der Sitzung eingereicht werden. Für einen Initiativantrag ist die Antragsstellung durch mindestens 6 Delegierte erforderlich.
3. Wahlen sind geheim. Nur bei der Besetzung von Funktionen für die bloße Dauer der Sitzung kann offen abgestimmt werden, wenn auf Befragen kein Mitglied der Sitzung widerspricht. Im Übrigen gilt die Wahlordnung der SPD.
4. Die Delegierten haben Stimm- und Rederecht. Die beratenden Mitglieder haben Rederecht.
5. Das Wort wird quotiert nach Reihenfolge der Wortmeldungen erteilt. Die Redezeit beträgt drei Minuten.
6. Anträge zur Geschäftsordnung unterbrechen die Redeliste. Sie werden abgestimmt, wenn eine\*r dafür und eine\*r dagegengesprochen hat. Unterbleibt die Gegenrede, so gilt der Antrag als angenommen.

## Anträge

### Antrag zur Verfahrensweise

**Antragssteller/in:** Juso-Landesvorstand

Der Landesvorstand beantragt, Weiterleitungen der untenstehenden Anträge grundsätzlich zu streichen.

**Begründung:**

Durch die Streichung der Weiterleitungen werden einerseits Formfehler (wie die unzulässige Weiterleitung an Bundesgliederungen) vermieden sowie eine zielgerichtete und abgestimmte Weiterleitung an SPD-Gliederungen durch den Landesvorstand ermöglicht.

## A - Arbeit

### 1 **Antrag A01: Echte Zeiterfassung für Arbeitnehmer**

2 **Antragsteller/in:** Bezirk Braunschweig

3 Bereits im Mai 2019 hat er EuGH entschieden, dass die EU-Arbeitszeit-Richtlinie verlangt, dass  
4 alle Unternehmen ein System zur Erfassung der täglichen effektiven Arbeitszeit schaffen  
5 müssen.

6 Die derzeitige deutsche Gesetzgebung ist hier bislang nicht ausreichend.

7 Wir fordern, dass der/die Arbeitgebende Person zuverlässige, technische Einrichtungen zur  
8 Arbeitszeiterfassung zur Verfügung stellt, mit denen die ArbeitnehmerInnen ihre Arbeitszeit  
9 erfassen und jederzeit einsehen können.

10 Dabei soll auch ein praktikables System für das Homeoffice entwickelt werden.

11 Im Zuge der genauen und nachvollziehbaren Arbeitszeitermittlung sollen die anfallenden  
12 Überstunden, die aufgezeichnet werden, nicht nach einer gewissen Anzahl an Überstunden  
13 abgeschnitten werden.

14 Gleichzeitig müssen Mechanismen geschaffen werden, die dafür sorgen, dass die gesetzlichen  
15 Pausenzeiten eingehalten werden.

1 **Antrag A02: Mehr Sicherheit für Zeitarbeitnehmer\*innen und befristet Beschäftigte**

2 **Antragsteller/in:** Bezirk Braunschweig

3 Befristet Beschäftigte befinden sich häufig in sehr unsicheren Situationen und wandern von  
4 einem befristeten Arbeitsverhältnis ins nächste. Oft wissen sie bis kurz vor Ablauf des  
5 Arbeitsvertrages nicht, ob ihr Vertrag verlängert wird.

6 Aus diesem Grund fordern wir, dass ArbeitgeberInnen mindestens vier Wochen vor Ablauf des  
7 befristeten Vertrages die befristet Beschäftigten darüber informieren müssen, ob ihr Vertrag  
8 verlängert wird oder nicht.

1 **Antrag A03: Urlaub in der Ferienzeit**

2 **Antragsteller/in:** Bezirk Braunschweig

3 Alle Arbeitnehmenden Menschen haben das Recht auf zwei Wochen zusammenhängenden  
4 Urlaub. Auszubildende in einer dualen Ausbildung jedoch müssen zwar zwei Wochen  
5 zusammenhängenden Urlaub erhalten, dieser kann aber auch von der Arbeitgeberin in der  
6 Schulzeit zugeteilt werden. Die Schultage erhalten die Auszubildenden in der Regel als  
7 Urlaubstage zurück, jedoch wird ihnen gesetzlich keine Erholungspause von der Arbeit  
8 mehrere Tage am Stück zugestanden. Deshalb möge der Juso-Bezirk Braunschweig  
9 beschließen, dass allen Auszubildenden, die eine duale Ausbildung absolvieren müssen zwei  
10 Wochen Urlaub in der Schulferienzeit gewährleistet werden (sofern die Schulzeit an einer  
11 berufsbildenden Schule stattfindet). Dieser muss nicht zusammenhängend genommen  
12 werden.

1 **Antrag A04: Mindestvergütung für Freiwillige**

2 **Antragsteller/in:** UB Region Hannover

3 Jugendliche und junge Erwachsene, die einen Freiwilligendienst leisten, sollten mindestens  
4 den Steuerfreibetrag für Minijobs in Höhe von 450€ in Form eines Taschengeldes

5 **Begründung:**

6 Aktuell liegt der Maximalbetrag je nach Träger und Art des Freiwilligendienstes zwischen 363€  
7 bis 414€, jedoch sieht es in der Realität oft anders aus und Menschen die einen  
8 Freiwilligendienst ableisten erhalten teilweise weniger als 200€ im Monat für eine bis zu 40  
9 Stundenwoche. Für Jugendliche und junge Erwachsene die noch bei ihren Eltern wohnen mag  
10 das funktionieren, jedoch müssen viele auch für ihr freiwilliges Jahr ausziehen. Diese erhalten  
11 zwar Unterstützung was vor allem die Unterkunft betrifft, jedoch wird dadurch meist das  
12 schon von vornherein niedrige Taschengeld weiter gekürzt und von dem erarbeiteten Geld  
13 wird praktisch alles für Fahrkarten und Lebensmittel ausgegeben. Die Freiwilligen sollten sich  
14 keinesfalls an dem ausgezahlten Taschengeld bereichern, jedoch ist es nötig, dass sie für ihren  
15 wichtigen Dienst den sie für die Gesellschaft leisten verhältnismäßig entschädigt werden.

1

2 **Antrag A05: Tarifpflicht für den Einzelhandel**

3 **Antragsteller/in:** UB Region Hannover

4 Wir Jusos fordern die Einführung einer Tarifpflicht für alle im Einzelhandel Beschäftigten  
5 Mitarbeiter\*innen in Deutschland

6 **Begründung:**

7 Jeder kennt es, man geht arbeiten, um das Geld zu verdienen, das man benötigt um all jene  
8 Kosten zu tragen die im Leben nun mal so anfallen. Besonders in der Einzelhandelsbranche  
9 findet man zu viele Menschen die von morgens bis abends Vollzeit arbeiten, die tagtäglich  
10 Produkte und Dienstleistungen verkaufen, eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, und  
11 trotzdem neben der Vollzeitstelle noch arbeiten müssen.

12 Wozu Vollzeit arbeiten? Wozu jeden Tag früh aufstehen, in den Markt oder ins Versandlager  
13 fahren und abends erschöpft wieder nach hause kommen, wenn man mit dem Gehalt gerade  
14 so über die Runden kommt. Weshalb dieser ganze Aufwand? Diese Frage stellen sich viele  
15 Arbeitnehmer im Einzelhandel, zu viele unserer Meinung nach.

16 Das muss sich ändern!

17 Rund 1,3 Millionen Menschen in Deutschland arbeiten im Einzelhandel. 64 % der  
18 Beschäftigten werden dabei nicht nach Tarifvertrag bezahlt. Noch düsterer sieht es in  
19 Ostdeutschland aus: 75 % der MitarbeiterInnen sind hier an keinen Tarifvertrag gebunden.  
20 Während Beschäftigte, die direkt bei den „Big Playern“ (Schwarz Gruppe, Rewe, Edeka, Aldi,  
21 ...) angestellt sind, nach Tarifvertrag bezahlt werden, finden eben genau diese Unternehmen  
22 Möglichkeiten, die Tarifbindung zu umgehen. Denn Franchise-Filialen, die von unabhängigen  
23 Unternehmerinnen geführt werden, können frei über die gezahlten Löhne verfügen. Bei Edeka  
24 sind das dadurch unglaubliche 80 % aller Märkte, bei Rewe 40 %, die so nicht mehr den  
25 Tariflohn garantieren. Auch in den anderen Einzelhandelsbranchen sieht es so aus z.B. bei den  
26 großen Kaufhausketten wie Karstadt oder Galeria Kaufhof. Die Unternehmer der  
27 Einzelhandelsgeschäfte erwirtschaften riesige Umsätze, während die ArbeitnehmerInnen, die  
28 die Gewinne erwirtschaften, mit Niedriglöhnen abgespeist werden. Zu oft sind keine  
29 Sonderleistungen, wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld vorhanden. Jemand der heutzutage im  
30 Einzelhandel arbeitet hat einen unglaublich stressigen Job. Es müssen undankbare  
31 Kund\*Innen bedient und Aufgaben erledigt werden, die eigentlich für die doppelte Zahl an  
32 Arbeitskräften vorgesehen sind. Die personelle Unterbesetzung ist kein Missmanagement,  
33 sondern Taktik zur Gewinnmaximierung.

34 In diesen Berufen ist es normal, dass man körperlich belastbar ist, weil man nahezu jede  
35 Sekunde schwer tragen muss und auch den ganzen Tag über nichts anderes macht außer zu  
36 Stehen oder zu Laufen. Die Belastungen im Arbeitsalltag haben jedoch nichts mit gesunder  
37 Bewegung oder gar Sport zu tun – typische Arbeitnehmerkrankheiten wie Rückenprobleme  
38 oder Migräne sind vorprogrammiert. Das dauerhaft erhöhte Stresslevel schafft dazu den  
39 Nährboden für psychische Erkrankungen.

40 Egal welche Entwicklungen Unmut in der Gesellschaft hervorrufen – MitarbeiterInnen im  
41 Einzelhandel sind meist die ersten, die es abbekommen. Aggressive Kund\*Innen beschweren

42 sich über fehlende Produkte, angeblich fehlende Rabatte (Geiz ist schließlich geil!) oder  
43 machen auch mal die KassiererIn oder den Kassierer für die gesamte Unternehmenspolitik des  
44 Arbeitgebers verantwortlich. Der psychische Druck ist enorm. Randalierende Kund\*Innen,  
45 Beleidigungen oder auch schlichte Verachtung gegenüber dem Personal sind keine Seltenheit.

46 Sätze wie:

47 „genau deswegen mein Kind, solltest du in der Schule gut aufpassen und fleißig lernen, damit  
48 du nicht wie die hier endest“ hat wohl schon jede\*r Mitarbeiter\*in im Einzelhandel gehört.  
49 Viele EinzelhändlerInnen wollen beraten, freundlich und aufmerksam sein und Spaß an Ihrem  
50 Beruf haben. Der unglaubliche Druck von oben, die Verachtung der Kundschaft und vor allem  
51 die viel zu niedrige Bezahlung machen einen Strich durch diese Rechnung.

52 Eine angemessene Existenzsicherung ist schon lange nicht mehr im Einzelhandel gegeben.  
53 Dabei gibt es bereits gute Tarifverträge, die von den Gewerkschaften erkämpft worden sind.  
54 Was aber bringen diese, wenn sie oftmals von den Unternehmen ignoriert werden? Es kann  
55 nicht sein, dass rund 1,3 Millionen ArbeitnehmerInnen von teilweise zwei Jobs nicht über die  
56 Runden kommen.

57 Wir Jusos fordern deshalb, dass die SPD, als Partei der Arbeitnehmer\*Innen, sich dafür  
58 einsetzt, dass alle Beschäftigten im Einzelhandel ordentlich entlohnt werden und eine  
59 Tarifpflicht für den Einzelhandelssektor einführt.

## B – Bildung

1 **Antrag B01: „Ohne Kenntnis der Geschichte bleibt die Gegenwart unbekannt“**

2 **Antragsteller/in:** UB Emsland

3 Die SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen wird aufgefordert bis zum Ende der  
4 Legislaturperiode ein Gesetz zu verabschieden, das Schülerinnen und Schüler der  
5 weiterführenden Schulen verpflichtet eine KZ-Gedenkstätte während der Schullaufbahn zu  
6 besuchen.

7 **Begründung:**

8 76 Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft werden Gedenkstätten  
9 zu den Gräueltaten dieser zunehmend wichtiger, da Zeitzeugen versterben und Worte in  
10 Geschichtsbüchern allein den Schrecken und die Brutalität der Diktatur einer jungen  
11 Generation nicht vermitteln können. In Zeiten des zunehmenden Nationalismus ist es  
12 essenziell sich den Folgen dessen bewusst zu sein. Dies können Gedenkstätten vermitteln, da  
13 sie durch ein angemessenes Bildungskonzept den Terror der Nationalsozialisten greifbar  
14 machen und nachhaltige Eindrücke vermitteln.

1 **Antrag B06: Aufklärung statt Bananen und Kondome – Sexualkundeunterricht, der**  
2 **seinen Namen verdient!**

3 **Antragssteller/in:** UB Hameln-Pyrmont

4 Die Landeskonferenz möge beschließen, dass an niedersächsischen Schulen das Konzept  
5 Sexualkunde grundlegend überdacht und an das 21. Jahrhundert angepasst wird. Konkret  
6 bedeutet, dass...

7 1. Schüler\*innen sollen, ähnlich wie beispielsweise auch beim Thema Drogenprävention schon  
8 üblich, das Thema Sexualkunde auch von externen Pädagog\*innen beigebracht bekommen.  
9 Vor allem soll hierbei Wert darauf gelegt werden, anders als im Biologieunterricht auf Themen  
10 wie Einvernehmen, sexuelle Übergriffe und weitere sensible Themen einzugehen.

11 2. Sexualkunde soll nicht allein im Fach Biologie angesiedelt werde, sondern interdisziplinär,  
12 also fachübergreifend, unterrichtet werden. Anbieten würde sich zum Beispiel in Geschichte  
13 das Thema Frauen(-rechte) im historischen Wandel und im Fach Politik das Thema  
14 Gleichberechtigung zu vermitteln.

15 **Begründung:**

16 Der Sexualkundeunterricht der meisten Menschen dürfte daraus bestanden haben, sich den  
17 Querschnitt eines Penis anzugucken, dann kurz erzählt zu bekommen, dass es neben dem  
18 Kondom auch so etwas wie ein Spirale gibt und schlussendlich dann noch als krönenden  
19 Abschluss ein Kondom über was auch immer gerade im Klassenzimmer war, zu ziehen. Das  
20 gerade Beschriebene lässt einen nur schmunzeln. Schaut man sich aber die verpassten  
21 Aufklärungschancen an, so bleibt einem das Lachen im Halse stecken. Denn statistisch  
22 gesehen befinden sich laut einer Schätzung der WHO in jedem deutschen Klassenzimmer (bei  
23 einer Klassengröße von 30 Schüler\*innen) ungefähr 3 Schüler\*innen, die selbst von sexueller  
24 Gewalt betroffen sind oder waren. Dass man diesen Kindern und Jugendlichen nicht hilft,  
25 wenn man im Sexualkundeunterricht das Thema Selbstbestimmung und Einvernehmen nie  
26 oder nur beiläufig mit dem Satz: „Nein heißt nein!“ thematisiert, dürfte jedem klar sein.  
27 Ebenfalls dürfte jedem klar sein, dass man solche sensiblen Themen am besten von  
28 ausgebildetem Personal erklären lässt, ähnlich wie das auch schon bei Drogenprävention der  
29 Fall ist, und nicht von Lehrkräften, die am besten noch kurz vorm Ruhestand stehen. Deshalb  
30 kann es nur der einzig richtige Weg sein, Sexualkunde in der oben geforderten Form  
31 anzupassen, wenn man das Problem der häuslichen (sexuellen) Gewalt angehen möchte, da  
32 für viele Kinder die Schule der einzige Rückzugsort ist, in dem sie über diese Themen behütet,  
33 aufgeklärt und informiert werden können. Weiter hätte es den Vorteil, Sexualkunde  
34 zumindest teilweise durch zum Beispiel eine\*n Sexualtherapeut\*in unterrichten zu lassen,  
35 dass dadurch auch besser über Sex im Allgemeinen informiert werden würde, da sich der  
36 aktuelle Unterricht nur allein auf die Reproduktion von Menschen bezieht. Ein solches  
37 Umdenken wäre enorm wichtig, da dies dazu führen würde, dass jede\*r Schüler\*in selbst  
38 bestimmter mit seiner beziehungsweise ihrer eigenen Sexualität umgehen würde.

39 Um Schüler auch weitergehend zu informieren, erachten wir es für sinnvoll, dass Thema  
40 Sexualkunde mit Themen, die mit Gleichberechtigung zu tun haben, in der oben

- 41 vorgeschlagenen Form zu verbinden, um so die Schüler\*innen noch weiter auch über das
- 42 bloße Thema Sex und Sexualität hinaus zu sensibilisieren

1 **Antrag B07: Abschaffung des NC´s an Universitäten und Hochschulen**

2 **Antragsteller/in:** Bezirk Braunschweig

3 Wir fordern die Abschaffung des NC´s zur Aufnahme an Universitäten, Hochschulen und  
4 jeglichen anderen Formen von weiteren Bildungseinrichtungen.

5 Der Notendurchschnitt zeigt nicht auf wie gut SchülerInnen tatsächlich in der Schule waren,  
6 da Noten häufig von weiteren Faktoren wie den unterrichtenden LehrerInnen abhängen oder  
7 von persönlichen Umständen, welche das Ausschöpfen des eigenen Leistungspotential  
8 verhindern, abhängen. Weiter zeigt der Notendurchschnitt nicht wie interessiert jemand an  
9 dem Studium ist und ob dieses Bestanden werden kann. Dies schränkt die Menschen in ihrer  
10 Wahl des Studiums/Berufes ein und führt teilweise auch dazu, dass sie ins Ausland gehen um  
11 das zu studieren was sie tatsächlich interessiert da die Aufnahmebedingungen dort nicht an  
12 den Noten hängen.

13 Als Alternative sollen die Universitäten andere eigenen Methoden, welche die  
14 Leistungsfähigkeit der Bewerber\*innen für ein spezifisches Studium ermitteln, entwickeln.  
15 Somit kann jede Universität die Beste Lösung für ihre Anforderungen finden.

- 1 **Antrag B08: Grundlagen von Office-Programmen in der Schule**
- 2 **Antragsteller/in:** Bezirk Braunschweig
- 3 Office-Programme werden mittlerweile nicht mehr nur in ein paar Berufen gebraucht,
- 4 sondern häufig auch schon in der Schule. Dabei bleibt es in den meisten Fällen an den
- 5 SchülerInnen selbst hängen sich diese oder ähnliche Programme zu besorgen und sich diese
- 6 dann selbst beizubringen.
- 7 Hiermit fordern wir nach Möglichkeit ab dem Grundschulalter, fest im Lehrplan ab der
- 8 weiterführenden Schule im Unterricht zu verankern und dort den SchülerInnen der Umgang
- 9 mit diesen Programmen beizubringen, um sie damit auf die folgenden Schul- und Berufsjahre
- 10 vorzubereiten.

1 **Antrag B09: Beitragsfreie Kindergartenplätze – diesmal wirklich**

2 **Antragsteller/in:** Bezirk Braunschweig

3 Seit dem 01.08.2018 besteht in niedersächsischen Kindergärten eine Beitragsfreiheit für eine  
4 Betreuungszeit von bis zu acht Stunden. Wird das Kind länger als acht Stunden betreut, legen  
5 die Gemeinden eine einkommensabhängige Benutzungsgebühr fest. Heutige  
6 Beschäftigungsverhältnisse in Vollzeit sind jedoch dadurch gekennzeichnet, dass eine  
7 durchschnittliche Arbeitszeit von 7,5 Stunden mit der bestehenden Regelung bewältigbar  
8 wäre, jedoch kann die anfallende Pendelzeit zum Arbeitsplatz so nicht gewährleistet werden.  
9 In den tradierten Strukturen, in denen Väter meist Vollzeit arbeiten und Mütter in Teilzeit, um  
10 den Nachwuchs rechtzeitig aus dem Kindergarten abholen zu können, wird Müttern durch  
11 diese Regelung eine Vollzeitarbeit strukturell verwehrt. Die Familien wägen in solchen Fällen  
12 Kosten und Nutzen durchaus ab, ob es sich lohnt, das Kind/ die Kinder für die zusätzliche Zeit  
13 in eine Betreuung zu geben. Häufig entscheiden sich die Familien aufgrund der strukturellen  
14 Benachteiligung für eine kürzere Arbeitszeit der Mutter, welche dann im Alter zu den  
15 bekannten Problemen wie beispielsweise Altersarmut führt. Deshalb möge der Juso-Bezirk  
16 Braunschweig beschließen, dass eine einkommensunabhängige Beitragsfreiheit für die  
17 gesamte Zeit der Kindergartenbetreuung über die bisher bestehenden acht Stunden hinaus  
18 besteht.

1 **Antrag B10: Unser Leben in Zeiten von Corona - wie Studierende um Ihre Existenz**  
2 **gebracht werden**

3 **Antragsteller/in:** Bezirk Braunschweig

4 **BAföG:** Über, die denen (eigentlich), gesetzlich, Förderung zusteht

5 Ausbildungsförderung läuft schon in "normalen" Zeiten nicht so, wie wir uns das vorstellen.  
6 Statt Förderung von Interessen und individuellen Bedürfnissen ist die Auszahlung der  
7 Förderung an einige Bedingungen geknüpft. Die beiden entscheidendsten sind dabei: Das  
8 Einkommen der Eltern im rechtlichen Sinne und vor allem die Dauer des Studiums. Diese wird  
9 an den Universitäten in Niedersachsen geschätzt. Diese sog. Regelstudienzeit liegt zumeist bei  
10 6 Semestern im Bachelor und 4 Semestern im Master. Bei der Großzahl der Studiengänge  
11 liegen diese Zeiten weit unter der Durchschnittsstudienzeit, d.h. selbst überdurchschnittlich  
12 schnelle Studierende erhalten häufig zum Ende ihres Studiums keine Förderung mehr.  
13 Zusätzlich verlangt das BAföG nach spätestens vier Semestern einen Leistungsnachweis, der  
14 anhand von Leistungspunkten (CP/LP) eine Zu-/Absage für eine weitere Förderung zu Folge  
15 hat. In Zeiten von Corona kann jedoch, zusätzlich zur generell schon prekären Situation vieler  
16 Studierender und strenger Förderrichtlinien, eine reibungslose Fortsetzung des Studiums  
17 nicht gewährleistet werden. Dies wird in den folgenden Punkten begründet:

18 • Präsenzprüfungen wurden erstmal bis auf weiteres ausgesetzt und verzögern sich, falls  
19 sie denn stattfinden können, um mehrere Monate. Insbesondere große Prüfungen mit einer  
20 hohen Anzahl an Teilnehmenden können auch nicht ersetzt werden. Für digitale  
21 Ersatzprüfungen ist in vielen Fällen keine Vergleichbarkeit mit vorangegangenen Prüfungen  
22 gegeben. In vielen Studiengängen ist auch eine Hausarbeit als Ersatz für Klausuren nicht  
23 denkbar, da Institute und Lehrstühle schon jetzt personell unterbesetzt sind.

24 • Abschlussarbeiten wurden und werden teilweise unterbrochen, da sowohl Labore,  
25 Einrichtungen der Universitäten und Fachhochschulen, als auch viele Bibliotheken und  
26 Forschungseinrichtungen geschlossen bzw. nur eingeschränkt nutzbar waren und sind.  
27 Bibliotheken können nicht immer digital ersetzt werden, da es zum einen versäumt wurde für  
28 ausreichend Lizenzen vorzusorgen (Bspw. Stocken Verhandlungen mit dem Verlag Elsevier  
29 dazu seit Jahren), als auch zum anderen Fernleihen und weitere Dienstleistungen nicht zur  
30 Verfügung stehen. Insbesondere Studierende mit wenig Budget verfügen häufig zuhause nicht  
31 über entsprechendes Equipment bzw. keinen eigenen Arbeitsplatz, um sich auf evtl. noch  
32 stattfindende Einzelprüfungen vorzubereiten, geschweige denn Abschluss-/Hausarbeiten  
33 schreiben zu können.

34 • Die digitale Lehre der Hochschulen stockt gewaltig, vor allem auch, weil Studierende  
35 mit Wohnsitz im ländlichen Raum, aber auch in teilweise in Städten nicht mehr über  
36 ausreichend Bandbreite verfügen. Des Weiteren sind Lehrende nicht ausreichend für digitale  
37 Lehre qualifiziert. Der Vorlesungsbetrieb kann somit nicht verglichen werden. Auch nach über  
38 einem Jahr Pandemie haben viele Universitäten und Hochschulen immer noch nicht genügend  
39 finanzielle Mittel für Kommunikationslizenzen (wie bspw. WebEx oder Zoom).

40 • Nicht jede Veranstaltung ist ohne Anwesenheit durchführbar. Insbesondere  
41 Studiengänge, die Labore und Praktika beinhalten, wie bspw. Architektur, Biologie, Chemie,

42 Ingenieur\*innenwissenschaften, Pharmazie uvm. sind hiervon betroffen. In einigen  
43 Semestern vereinnahmen die Praxisteile signifikante Anteile des Studiums, es kann somit nicht  
44 fortgesetzt werden.

45 • Auch Studierende deren Abschlussarbeiten oder Vorlesungen von externen  
46 Einrichtungen gehalten bzw. angeboten werden sind betroffen, da viele Einrichtungen, wie  
47 bspw. das DLR oder die PTB in Braunschweig, geschlossen sind.

48 Als Antwort auf diese Einschränkungen hat Niedersachsen als eines der letzten Länder die  
49 Regelstudienzeit verlängert. Allerdings werden viele Studierende durch dieses System nicht  
50 aufgefangen, da sie bereits vorher die Regelstudienzeit überschritten hatten und statt der  
51 angestrebten und durch Nebenjobs durchfinanzierten Semester, weder in der geplanten Zeit,  
52 noch mit dem vor der Pandemie vorhandenen Nebenjob dastehen.

53 Wir fordern daher:

54 • Die Öffnung des BAFÖG für alle Studierende für die Dauer der Pandemie.

55 • Eine Zusatzleistung in Höhe von 400 Euro für alle Studierende zur Deckung von  
56 höheren Internetkosten, Anschaffung von zusätzlicher technischer Ausrüstung, wie bspw.  
57 Hardware für Videokonferenzen etc.

58 • Rückerstattung der Kosten für das Semesterticket, welches bezahlt werden musste,  
59 obwohl viele Studierende dies nicht nutzen konnten bzw. pandemiebedingt wollten

60 • Zur Verfügungstellung von benötigten Lizenzen für Rechner der Studierenden (bspw.  
61 per VPN)

62 Über die, die kein Bafög bekommen oder bekamen

63 Viele Studierende sind nicht (mehr) Bafög berechtigt oder müssen, z.B. aufgrund hoher  
64 Mieten, ihr Einkommen mit einem Nebenjob aufbessern. In den meisten Fällen sind dies Jobs  
65 auf Minijobbasis, also unter 450 Euro/Monat. Die Verträge sind zudem meistens befristet,  
66 laufen also bei sehr vielen Studierenden aus und können nicht verlängert werden. Betroffen  
67 sind dadurch nicht nur Studierende, die bei privaten Firmen und Geschäften angestellt sind,  
68 sondern auch diejenigen, die Ihrer Arbeit an den Hochschulen z.B. als studentische Hilfskraft  
69 nicht mehr nachgehen können. An Universitäten in Niedersachsen resultieren hieraus  
70 folgende Probleme:

71 • Aufgrund des Arbeitszeitkontos müssen Stunden, die momentan nicht geleistet  
72 werden können, nach der Krise nachgearbeitet werden. D.h. Studierende die einen Vertrag  
73 auf bspw. 6 Monate a 30h im Monat haben müssen nach der Krise, statt primär Unistoff  
74 aufzuholen, Stand 1. August 2020, etwa 135h nachholen. (Quelle: [https://www.tu-  
75 braunschweig.de/hinweise-zum-coronavirus](https://www.tu-braunschweig.de/hinweise-zum-coronavirus))

76 o Wir fordern das Niedersächsische Ministerium für Bildung und das für Gesundheit und  
77 Soziales auf, diese Regelung sofort rückwirkend zu ändern und alle studentischen Hilfskräfte,  
78 egal aus welchem Topf sie bezahlt werden, weiterzubezahlen und auslaufende Verträge dabei  
79 nicht zu berücksichtigen, d.h. das durchschnittliche Monatsgehalt wird weiter ausgezahlt. Des  
80 Weiteren müssen auf Bundesebene die Sozialsysteme auch für Studierende geöffnet werden,

81 um alle anderen aufzufangen und auflagenlos Arbeitslosengeld auszuzahlen und die Mieten  
82 zu übernehmen. Ansonsten wird die Armutsrate unter Studierenden rasant steigen.

83 • Auch die Verträge wissenschaftlicher Mitarbeiter\*innen müssen formlos verlängert  
84 werden. Das Wissenschaftsbefristungsgesetz muss die Fristen, um den Ausfall der Corona Zeit  
85 verlängern, um Promovierenden genug Zeit zur Fertigstellung ihrer Dissertation zu geben.  
86 Auch Promotionsstudierende können in dieser Zeit nicht oder nur eingeschränkt arbeiten. Des  
87 Weiteren kommt auf sie eine immense Mehrbelastung, aufgrund der Umstellung auf digitale  
88 Lehre zu. Auch dieser Zusatzaufwand muss berücksichtigt werden.

89 • Des Weiteren müssen die Beiträge zur Pflege- und Krankversicherung, die Studierende  
90 über 25 bezahlen müssen, mindestens für diese Zeit ausgesetzt werden, ohne, dass der  
91 Versicherungsschutz erlischt.

92 • Gleiches muss auch für die Zahlung von Langzeitstudiengebühren gelten.

93 Und wie geht es in den letzten Zügen und nach der Pandemie weiter?

94 In der Pandemie hat sich gezeigt, dass die Finanzierung von Universitäten in Niedersachsen  
95 auf mehr als wackligen Füßen steht. Das ist unter anderem darin begründet, dass auch die  
96 Finanzierung des Lehrbetriebes in vielen Fachbereichen nur noch durch generierte Drittmittel  
97 möglich ist. In vielen Bundesländern, wie Bayern, Hessen oder NRW war dies Anlass die  
98 Investitionen in Hochschulbildung deutlich zu steigern. In Niedersachsen hingegen sollen  
99 2021, laut dem Wissenschaftsminister Thümler insgesamt 32 Millionen Euro weniger  
100 investiert werden (vgl. [https://www.forschung-und-lehre.de/politik/hochschulen-  
101 protestieren-gegen-kuerzungen-3276/](https://www.forschung-und-lehre.de/politik/hochschulen-protestieren-gegen-kuerzungen-3276/)). In der offiziellen Begründung des Ministeriums ist  
102 unter anderem auch von Effizienzsteigerungen durch „mehr digitale Lehrangebote“ die Rede.  
103 Also genau die digitale Lehre für die es 2020 schon in Pandemiezeiten so wenig Geld gab, dass  
104 bspw. einige Institute der TU Braunschweig erst Anfang 2021 professionelle Ausrüstung für  
105 Vorlesungsaufzeichnungen anschaffen konnten. Um aus der Pandemie zu lernen, fordern wir:

106 • Wissenschaft wird in Zukunft, wie auch während der Pandemie zu erkennen war, eine  
107 immer höhere Verantwortung tragen. Die SPD-Landtagsfraktion wird somit beauftragt im  
108 Haushalt für 2022 eine langfristige und verlässliche Steigerung der Basismittel für alle  
109 Forschungsbereiche einzuplanen

110 • Die Pandemie darf keine Ausrede dafür sein die Ausgaben für Hochschullehre zu  
111 kürzen. Im Gegenteil muss sich in Zukunft zeigen, dass hochwertige digitale Angebote eine  
112 gute Ergänzung für Präsenzlehrbetrieb sein können. Dies ist dementsprechend nicht mit  
113 weniger, sondern mit mehr Lehraufwand verbunden. Wir fordern daher, pro  
114 Lehrstuhl/Institut mind. eine zusätzliche Vollzeitstelle für digitale Lehre

1 **Antrag B11: Demokratie Zukunft geben - Umdenken im politischen Schulunterricht**

2 **Antragsteller/in:** UB Region Hannover

3 Wir fordern, dass der Politikunterricht in niedersächsischen Schulen „neu“ gedacht wird.  
4 Zuerst sollte das bestehende Fach Politik-Wirtschaft umgestaltet werden und ein solcher  
5 Politikunterricht sollte sich im Vordergrund mit den Möglichkeiten zur politischen  
6 Partizipation auseinandersetzen. Dabei sollte der Aspekt der kommunalen Politik vor allem im  
7 Vordergrund Politisch inhaltliche Diskussion sollten auch vertieft Einzug im Politikunterricht

8 **Begründung:**

9 Die aktuelle Gestaltung des Politik-Wirtschaft Unterrichts trägt stark zur Entfremdung von  
10 Politik bei. Oft wird über abstrakte Dinge im bundes- oder landespolitischen Zusammenhang  
11 gesprochen. Dabei sollte doch im Vordergrund stehen die Schüler\*innen politisch zu bilden.

12 So sollten die Schüler\*innen zu aller erst lernen, welche Möglichkeiten jeder Bürger in einer  
13 Demokratie hat und wie diese Möglichkeiten genutzt werden können, um Demokratie zu  
14 leben. Eine solche Betrachtung würde in den Schülern aus unserer Sicht ein deutlich anderes  
15 Gefühl hervorrufen. Anstatt zu lernen, was in Berlin passiert, lernen die Schüler\*Innen welche  
16 Möglichkeiten Ihnen geboten sind, um aktiv Ideen in die Gesellschaft einzubringen. Darüber  
17 hinaus sollen die Lerninhalte in einen Schulfach Politik deutlich definiert werden. In der  
18 Realität sieht es leider so aus, dass viele Lehrer\*Innen den Politik-Wirtschaft Unterricht  
19 nutzen, um Inhalte zu erarbeiten, wie das Praktikum oder Methodenarbeit. Diese Zeit die  
20 dabei verloren geht, ist aber sehr wichtig und sollte genutzt werden um Schüler\*Innen  
21 politisch zu bilden. Immer wieder berichten die Medien davon, dass viele Jugendliche kein  
22 Interesse an Kommunalpolitik haben, oder vielmehr nicht wissen, was der Stadtrat ist. Dieses  
23 Phänomen tritt unter anderen auf, da im Politik-Wirtschaft Unterricht häufig die Bundespolitik  
24 und Landespolitik betrachtet wird. Die Lokalpolitik, die eigentlich doch sehr wichtig ist, wird  
25 dabei meist komplett außer Acht gelassen. Doch gibt es so viele Möglichkeiten sich  
26 kommunalpolitisch einzubringen und Schüler\*innen sollten darüber aufgeklärt werden.  
27 Bezogen auf die Kommunalpolitik haben alle Bürger\*Innen eine Meinung. Unser Schulsystem  
28 hat die Pflicht Schüler\*Innen zu lehren, wie diese Meinung auch in Taten umgesetzt werden  
29 kann. Wie gerade beschrieben haben alle Bürger\*Innen eine politische Meinung.  
30 Politikunterricht in der Schule hat daher die wichtige Aufgabe Schüler\*Innen zu lehren, wie  
31 das eigene Argument sachlich dargelegt werden kann. Daher sollten im Politikunterricht des  
32 Öfteren politische Diskussionen zu verschiedenen Themen stattfinden, um Schüler\*Innen  
33 darin zu bestärken politisch zu partizipieren. Ein Besuch im Niedersächsischen Landtag sollte  
34 für alle Schulen in der Region Hannover in der neunten Klasse Pflicht sein.

1 **Antrag B13: Praktikumsregelungen für die Fachhochschulreife anpassen –**

2 **Praktikant\*innen steht eine Vergütung zu!**

3 **Antragsteller/in:** UB Region Hannover

4 Wir fordern die Landesregierung hiermit auf, dass die Praktikumsregelungen für die  
5 Fachhochschulreife dahingehend geändert werden, dass den Praktikant\*innen somit eine  
6 Vergütung entsprechend der Mindestausbildungsvergütung zusteht, da für die  
7 Fachhochschulreife ein einjähriges Praktikum und eine Ausbildung gleichwertig sind.

8 **Begründung:**

9 Im Rahmen der Fachhochschulreife gibt es zwei Teile zu erfüllen: einerseits den schulischen  
10 Teil, der durch den erfolgreichen Abschluss der 12. Klasse erfüllt ist, andererseits den  
11 praktischen Teil. Dieser ist durch eine erfolgreich abgeschlossene, durch Bundes- oder  
12 Landesrecht geregelte Berufsausbildung, durch ein mindestens einjähriges geleitetes  
13 berufsbezogenes Praktikum oder durch Ableistung eines einjährigen sozialen oder  
14 ökologischen Jahres, eines einjährigen Wehr- oder Zivildienstes oder eines einjährigen  
15 Bundesfreiwilligendienstes erfüllt.

16 Während des praktischen Teils arbeiten die Praktikant\*innen oftmals Vollzeit im Betrieb,  
17 dennoch steht ihnen laut den Regelungen der Fachhochschulreife weder eine Vergütung  
18 entsprechend dem Mindestlohn noch eine Aufwandsentschädigung zu. Es obliegt also dem  
19 Betrieb, ob er den Praktikant\*innen eine Entschädigung zahlt. Wir finden, dass junge  
20 Menschen, die (oftmals) Vollzeit in einem Betrieb arbeiten genauso einen Anspruch auf eine  
21 Bezahlung haben.

1 **Antrag B14: Medienkompetenz für alle: Fakten als Fundament der Demokratie**

2 **Antragsteller/in:** UB Cuxhaven

3 Am 18. November 2020 hat der Deutsche Bundestag das „Dritte Gesetz zum Schutz der  
4 Bevölkerung bei einer epidemischen Lage nationaler Tragweite“, auch „Drittes  
5 Bevölkerungsschutzgesetz“ genannt, beschlossen. Das Gesetz hat dafür gesorgt, dass die für  
6 die Pandemiebekämpfung zuständigen Bundesländer eine präzisere rechtliche Grundlage  
7 bekommen haben, auf der sie ihre Schutzmaßnahmen begründen können.

8 Wir alle erinnern uns an das Chaos um die sogenannten „Beherbergungsverbote“, die von  
9 Gerichten mal erlaubt, mal gekippt wurden und so zu einem unübersichtlichen Flickenteppich  
10 führten, bei dem kein Mensch mehr durchschauen konnte, was nun wo erlaubt ist. Genau  
11 solche unklaren Rechtsgrundlagen wurden vom Dritten Bevölkerungsschutzgesetz für alle  
12 transparent und klar verständlich vereinheitlicht.

13 Auch die mit den Corona-Schutzmaßnahmen einhergehenden besonders sensiblen  
14 Grundrechtseinschränkungen sind somit rechtlich besser abgesichert. Der „Werkzeugkasten“,  
15 welche Grundrechte genau zum Schutz vor Corona eingeschränkt werden dürfen, wird dabei  
16 vom Dritten Bevölkerungsschutzgesetz nicht angetastet. Die Anzahl der Werkzeuge blieb die  
17 selbe, es entstanden nur besser nachvollziehbare Regeln, wann diese benutzt werden dürfen  
18 – und genau hier liegt der Knackpunkt:

19 In Videos von „Verschwörungstheoretiker\*innen“ und „Corona-Leugner\*innen“ kursierten  
20 Falschmeldungen, der Bundestag hätte ein neues „Ermächtigungsgesetz“ wie das der  
21 Nationalsozialist\*innen 1933 beschlossen. Grundrechtseinschränkungen würden mit dem  
22 Dritten Bevölkerungsschutzgesetz willkürlich verhängt werden können, die Bundesregierung  
23 hätte den Bundestag ausgeschaltet und Deutschland würde zur Diktatur werden.  
24 Insbesondere wurde eine Impfpflicht propagiert, der sich nun alle Menschen beugen müssten.

25 All das ist faktisch falsch und auch eine Impfpflicht kommt im Dritten  
26 Bevölkerungsschutzgesetz mit keiner Silbe vor. Trotzdem wurden diese Videos massenweise  
27 geschaut – nicht nur von rechtsextremen „Verschwörungstheoretiker\*innen“, sondern  
28 offensichtlich auch von schlecht informierten Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft.  
29 Viele von ihnen folgten den Aufforderungen der „Verschwörungstheoretiker\*innen“, auf  
30 Websites zu gehen, auf denen standartisierte Textvorlagen nach Eingabe weniger  
31 persönlicher Daten automatisch per Mail an die\*den zuständige\*n Bundestagsabgeordnete\*n  
32 verschickt wurden. So erreichten den Bundestag innerhalb weniger Tage über 30.000 Mails,  
33 teilweise fielen sogar die Server aus.

34

35 Wir finden: Es kann nicht sein, dass Menschen nicht zwischen Fakten und Fake News  
36 differenzieren können und so auf Rechtsextreme hereinfließen. Diese fehlende Kompetenz ist  
37 aber nicht die Schuld der betroffenen Menschen, sie ist ein Fehler im Bildungssystem. Unsere  
38 Schulen sind nicht nur mit der Hardware der Digitalisierung überfordert, sie sind auch noch  
39 lange nicht auf der Höhe der Zeit, wenn es um den richtigen Umgang mit dem Internet geht.

40 Gerade in der Corona-Pandemie wird deutlich: Die Digitalisierung hat schon längst begonnen.  
41 Home Office via Zoom ist nun Alltag und die Nutzung von digitalen Medien im Lockdown ist  
42 größer denn je. Der Digitalverband Bitkom hat in einer repräsentativen Umfrage im April 2020  
43 aufgezeigt, dass die Mediennutzung während der Corona-Pandemie im Jahre 2020 um 75%  
44 gestiegen ist. So ist es unbestreitbar, dass die Nutzung von digitalen Medien gerade in diesen  
45 Zeiten besonders wichtig geworden ist. Umso wichtiger ist jedoch der Umgang mit digitalen  
46 Medien – besonders der Umgang mit unseren Daten.

47 Die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), die am 25. Mai 2018 in Kraft getreten ist, räumt  
48 Bürger\*innen das Recht auf Schutz personenbezogener Daten und weitere notwendige  
49 Vereinheitlichungen und Verordnungen im Bereich des Datenschutzes in der EU ein. Doch  
50 dabei wurde der Datenschutz durch die DSGVO nicht komplett umgewälzt. Vielmehr müssen  
51 wir lernen, wie wir bewusst mit unseren Daten umgehen.

52 Für uns ist klar: Digitale Kompetenzen müssen in den Schulen vermittelt werden, denn die  
53 selbstbestimmte Teilhabe in der digitalisierten Welt von Morgen muss erlernt werden.  
54 Schüler\*innen sollen von Anfang an die Grundkonzepte der Datenspeicherung,  
55 Datenverarbeitung und des Datenschutzes gelehrt bekommen – sowohl auf theoretischer als  
56 auch auf technischer Ebene. Nur so kann das nötige Verständnis für die komplexen Probleme  
57 in der aktuellen IT-Landschaft gewonnen werden. Die Schüler\*innen sollen im Rahmen der  
58 Lehre außerdem Strategien und Techniken gelehrt bekommen, um die Gefahren und Risiken  
59 des Datendiebstahls und -missbrauchs abwehren zu können.

60 Zudem soll mit der Abwägung von Chancen und Risiken neuer Technologien, wie etwa der  
61 Umgang mit Social-Media-Plattformen, der Nutzung von cloudbasierten Services oder der  
62 Nutzung von künstlicher Intelligenz, eine differenzierte Sichtweise gewonnen werden. Gerade  
63 der Umgang mit künstlicher Intelligenz muss stets in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext  
64 betrachtet werden. Wir fordern daher, dass Schüler\*innen während ihrer Schullaufbahn  
65 umfangreiche digitale Kompetenzen erwerben, um selbstbestimmt und sicher in der  
66 digitalisierten Welt agieren zu können.

67 Doch neben den Grundkenntnissen der Informatik sind für den richtigen Umgang mit und in  
68 dem Internet noch weitere Kompetenzen notwendig: Was genau Wissenschaft ist und  
69 inwiefern Objektivität und Nachweisbarkeit ihre zentralen Faktoren sind, darf nicht erst auf  
70 Universitäten gelehrt werden. Wie man eine Quelle und ihre Seriosität erkennt, muss  
71 Allgemeinwissen sein. Wie Medien funktionieren und wie ihre Algorithmen dafür sorgen, dass  
72 man immer weiter in eine Bubble hineingerät, womöglich sogar radikalisiert wird, muss allen  
73 bewusst sein, die im Internet unterwegs sind.

74 Im Internet funktioniert jeder Mensch und jeder Account wie ein Privatsender. Demnach  
75 müssen zumindest die grundlegenden Ansätze journalistischer Studiengänge in allen Schulen  
76 gelehrt werden. Dazu gehören neben der journalistischen Ethik auch die Sozialpsychologie,  
77 die Informatik, die Analyse von Fake News sowie Quellenarbeit und die Aufklärung über das  
78 Potential der alltäglichen Manipulation durch Big Data und Werbung.

79 Daher fordern wir die Einführung eines neuen Schulfaches namens „Medienwissenschaft“, in  
80 dem genau diese Kompetenzen gelehrt werden – in Niedersachsen und allen weiteren  
81 Bundesländern.

1 **Antrag B15: Antrag: Leben retten – Schwimmfähigkeit fördern**

2 **Antragsteller/in:** UB Osnabrück-Land

3 Die Juso Landeskonferenz möge beraten und beschließen:

- 4 • Kostenlose Schwimmkurse bereits im Kindergarten.
- 5 • Finanzielle Mittel für die Sanierung von Schwimmbädern in den Kommunen sowie
- 6 Finanzierungshilfen für Schwimmhilfen von Schwimmvereinen und der Ausbildung von
- 7 Ehrenamtlichen.
- 8 • Eine bessere Staatliche Anerkennung für ehrenamtliche Arbeit im Bereich der
- 9 Schwimmausbildung.

10 **Begründung:**

11 Im Jahr 2018 gab es laut der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft 504 Todesfälle durch

12 Ertrinken. Rund 20% aller Todesopfer waren Kinder. Der häufigste Grund hierfür mangelnde

13 Schwimmkenntnisse. Deswegen fordern wir mehr Anerkennung für ehrenamtliche

14 Schwimmlehrer, weil diese in Vereinen fehlen. Und daher hohe Wartelisten für ein Platz im

15 Schwimmkurs existieren.

16 Außerdem fehlt der Anreiz nach dem Job sich noch ehrenamtlich zu engagieren. Des Weiteren

17 sind die Gebühren für die Kurse um überhaupt denn Schwimmkurs zu geben sehr Kosten

18 aufwendig. Und daher fordern wir dieses auch zu unterstützen. Zur richtigen

19 Schwimmausbildung gehört auch die richtige Ausrüstung dazu gehört die Bekleidung des

20 Lehrers aber auch Schwimmhilfen wie z.B. Schwimnudeln, Schwimmflügel, Schwimmbretter

21 und natürlich auch Rettungsmittel für den Ernstfall dazu. Was ein Ehrenamtlicher Helfer in

22 den meisten Fällen selbst zahlen muss. Da die Schulen und Vereine dafür nicht das nötigste

23 Geld haben.

24 Dazu kommt ebenfalls das immer mehr Schwimmvereine schließen müssen aufgrund von

25 Helfer Mangel und oder kein Schwimmbecken mehr zu Verfügung haben. Und so ist es in

26 vielen Orten Deutschlands. So Können Grundschulen und Vereine Keine Schwimmkurse mehr

27 anbieten, weil es A Kein Becken mehr der Nähe gibt. Oder so sanierungsbedürftig sind, dass

28 es Lebensgefährlich wäre. Und aus dem Grund können laut DLRG 59% der Deutschen nicht

29 mehr Schwimmen. Deswegen unterschätzen Kinder die Gefahren von Gewässern und

30 Ertrinken.

## E – Europa- und Außenpolitik

### 1 **Antrag E01: Neue Akzente in der deutschen und europäischen Lateinamerika-Politik**

2 **Antragsteller\*innen:** Jusos Region Hannover

3 Wir Jusos fordern, dass die Länder Lateinamerikas wieder stärker in den Fokus der deutschen  
4 und europäischen Außenpolitik rücken. Dazu gehört für uns, dass eine engere kulturelle,  
5 bildungspolitische, wirtschaftliche und diplomatische Zusammenarbeit gibt. Gegenwärtig  
6 spielt Lateinamerika eine untergeordnete Rolle in der deutschen Außenpolitik. Wir fordern,  
7 dass die Bundesrepublik Deutschland und die Europäischen Union trotz ihrer vielfältigen  
8 Wirtschafts- und Handelsbeziehungen eine eigenständige, strategische und wertgeleitete  
9 Politik für Lateinamerika entwickeln.

10 Ungeachtet ihrer unterschiedlichen Geschichte und natürlichen Randbedingungen teilen die  
11 Lateinamerikanischen Staaten vergleichbare Entwicklungen und Erfahrungen. Daher können  
12 große politische Linien Teil eines Konzeptes für eine neue Lateinamerika-Politik sein. Dennoch  
13 muss klar sein, dass jeder Staat Lateinamerikas eine einzigartige Geschichte und Kultur hat,  
14 die in einer Außenpolitik der Bundesrepublik und der EU zu berücksichtigen sind.

15 Kultureller Austausch kann dazu beitragen das Verständnis zwischen Menschen  
16 unterschiedlicher Herkunft zu verbessern. Daher fordern wir die kulturelle Zusammenarbeit  
17 zu intensivieren und zu verstärken. Dazu gehört eine Auseinandersetzung mit der Geschichte  
18 und den Lebensrealitäten der Menschen Lateinamerikas. Dieser Austausch kann bereits auf  
19 der lokalen Ebene stattfinden.

20 Kontakte zwischen Vereinen vor Ort können gefördert werden um auf beiden Seiten des  
21 Atlantiks Menschen direkt zu erreichen und zu sensibilisieren. Um trotz begrenzter  
22 öffentlicher Mittel den kulturellen Austausch mit Lateinamerika zu verstärken können wie bei  
23 der Einrichtung des deutsch-französischen Kulturinstituts in Brasilien Synergien intelligent  
24 genutzt werden.

25 Während die Werte des Index für menschliche Entwicklung der Vereinten Nationen für die  
26 Staaten Lateinamerikas eine sehr positive Tendenz aufweisen – alle Länder sind 2018 als hoch  
27 oder sehr hoch entwickelt eingestuft – prägt eine starke Ungleichheit die sozialen  
28 Verhältnisse. Gerade die indigene Bevölkerung, Menschen afrikanischer Herkunft und Frauen  
29 sind von starken Diskriminierungen und Ausgrenzung betroffen. Hier sollte die deutsche und  
30 europäische Zusammenarbeit ansetzen um soziale Gerechtigkeit und die Verwirklichung aller  
31 Menschenrechte zu fördern. Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt so zum Beispiel  
32 bereits den Friedensprozess in Kolumbien. Doch auch in anderen Lateinamerikanischen  
33 Staaten sind Geschichte und Gesellschaft von abgeschlossenen, aber nicht überwundenen  
34 Konflikten geprägt. Der Umgang der chilenischen Regierung mit den sozialen Protesten bedarf  
35 einer kritischen und gründlichen Aufarbeitung. Europäische und deutsche Unterstützung  
36 können diese Prozesse begleiten und beraten.

37 Traditionell hat Deutschland seit jeher gute und langfristige Handelsbeziehungen nach  
38 Lateinamerika. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit kann aber noch verstärkt werden, auch  
39 um den lateinamerikanischen Staaten ein demokratisches Gegenangebot zum  
40 wirtschaftlichen Engagement der Volksrepublik China zu machen. Angesichts der

41 Digitalisierung sind die Rohstoffvorkommen Lateinamerikas von hoher Relevanz für das  
42 globale Wachstum. Bei der Förderung der Ressourcen – auch zugunsten Europas – muss  
43 sichergestellt werden, dass die Wertschöpfung zu großen Teilen in Lateinamerika erfolgen  
44 kann und die wirtschaftliche Entwicklung die soziale Spaltung des Kontinents nicht weiter  
45 verstärkt, sondern ihr entgegenwirkt. Bei allen Aktivitäten müssen die deutsche und  
46 europäische Wirtschafts- und Handelspolitik auf Nachhaltigkeit achten. Dies umfasst die  
47 Achtung der Menschenrechte, gute Arbeit, den Schutz der Umwelt und natürlichen  
48 Ressourcen. Unter diesen Gesichtspunkten ist auch das Freihandelsabkommen mit den  
49 Mercosur-Staaten zu bewerten, anzupassen und ggf. auszusetzen. Des Weiteren hat auch das  
50 Land Niedersachsen eine besondere Verantwortung gegenüber Lateinamerika. Der  
51 Volkswagen-Konzern betreibt zur Zeit Werke in Argentinien, Brasilien und Mexiko. Wir fordern  
52 die niedersächsische Landesregierung auf, ihren Einfluss durch die Beteiligung bei VW auch  
53 dafür zu nutzen, um die Achtung von Menschenrechte, die Repräsentant indigener  
54 Belegschaften und den Umweltschutz auch bei den Aktivitäten in Lateinamerika zu stärken.  
55 Die Firmenpolitik VWs darf sich nicht demokratisch fragwürdigen Regierungen anbieten.

56 Zuletzt soll der wesentlich Aspekt der Außenpolitik betrachtet werden, die diplomatischen  
57 Beziehungen. Lateinamerika hat, trotz vieler positiven Entwicklungen in den Jahren seit 2000,  
58 ein Roll-back erlebt. Staaten wie Venezuela versinken in Korruption, bürgerkriegsähnlichen  
59 Zuständen und Armut. Es wurde zu einem Staat der seine eigenen Bürger\*innen leiden lässt  
60 und dabei im Namen des Sozialismus unter brutaler Herrschaft einer kleinen  
61 eingeschworenen Gruppe an Herrschenden nutzt. Die dadurch ausgehöhlte Legitimität der  
62 Regierung wurde geschickt durch eine reaktionäre und rechte Opposition genutzt, die vor  
63 allem Kapitalinteressen vertritt. Die EU und die Bundesrepublik Deutschland haben sich in  
64 diesem innerstaatlichen Konflikt sehr unglücklich positioniert und engagiert. Die Diplomatie  
65 und Außenpolitik sollten in erster Linie darauf hinwirken die humanitäre Lage zu verbessern  
66 und einen rechtsstaatlich adäquaten Übergang zu unterstützen.

67 Mit großer Sorge nehmen wir ebenfalls die Entwicklungen in Bolivien wahr. Auch hier hat die  
68 amtierende sozialistische Regierung Grundsätze der freien Wahlen und Meinungsäußerungen  
69 verletzt, wenngleich nicht in annähernd mit dem Zustand Venezuelas vergleichbar. Eine von  
70 weißen Evangelikalen geprägte Gegenbewegung zu Evo Morales Sozialist\*innen versucht nun  
71 die Herrschaft zu erringen und spart dabei nicht an rassistischen Ressentiments gegen die  
72 indigene Bevölkerung. Bereits jetzt wird von massiver (Polizei)gewalt gegen Anhänger\*innen  
73 Morales und Indigene berichtet.

74 Seit der Wahl des rechtsextremen Jair Bolsonaro zum Präsidenten Brasiliens, entwickelt sich  
75 das Land in die falsche Richtung, besonders was den Umweltschutz, die Rechte von  
76 Minderheiten und die demokratischen Institutionen betrifft. Die ohnehin schon hohe Zahl der  
77 Toten durch Polizeieinsätze in den Favelas ist rapide angestiegen und die Erfolge in der  
78 Armutsbekämpfung drohen rückgängig gemacht zu werden.

79 Deutschland und Europa müssen diesen beispielhaften Entwicklungen des letzten Jahres auf  
80 der großen politischen Bühne entgegenwirken. Man muss dort wo es geht, Organisationen  
81 fördern und schützen, die diesen teils menschenverachtenden Entwicklungen unterbinden  
82 wollen und muss den Regierenden verdeutlichen, dass Demokratie, Menschenrechte und

83 soziale Gerechtigkeit auch in Lateinamerika ein wichtiges Ziel sind. Wir Jusos fordern, dass ein  
84 Abweichen von diesen Prinzipien und die Bereicherung einer kleinen Klientel auf Kosten der  
85 Bevölkerung nicht ohne Folgen bleiben dürfen. Unsere Solidarität gilt den Unterdrückten, den  
86 Kämpfer\*innen für Freiheit und Gerechtigkeit und den Genoss\*innen unserer  
87 Partnerorganisationen.

## Fem – Feminismus

### 1 **Antrag Fem01: Vereinbarkeit von Familie und Politik**

2 **Antragsteller/in:** Bezirk Braunschweig

3 **Forderungen:**

4 • Alle Parlamente sollen verpflichtet werden eine Kinderbetreuung, die den  
5 Bedürfnissen der ParlamentarierInnen entspricht anzubieten

6 • Mandatsträger\*innen haben die Möglichkeit wie andere ArbeitnehmerInnen auch,  
7 nach geltendem Recht, Elternzeit zu nehmen, als Gehalt sind hier Diäten zu Grunde zu legen.  
8 Während dieser Zeit, gibt es Nachrücker, also ein „Mandat auf Zeit“, die die  
9 MandatsträgerInnen während dieser Zeit vertreten. Diese Person soll von der  
10 MandatsträgerIn benannt werden

11 • Pairing-Prinzip überall

12 • Kinder dürfen in jede Sitzung mitgenommen werden.

13 **Begründung:**

14 Noch immer ist Politik zu großen Teilen Männersache und vor allem familienunfreundlich. Der  
15 Anteil an Frauen in den Parlamenten stagniert oder geht sogar zurück. Vor allem die  
16 Kommunalparlamente sind voll mit alten, weißen Männern. Sitzungen liegen häufig in den  
17 Abendstunden, Zusatztermine an den Wochenenden sind nicht selten. Dies hält insbesondere  
18 junge Menschen davon ab, sich kommunalpolitisch zu engagieren.

19 Mandatsträger\*innen haben kein Recht auf Elternzeit. Häufig nehmen sie ein paar Monate  
20 trotzdem nicht an Sitzungen teil, müssen dann aber dafür sorgen, dass sie angemessen  
21 vertreten werden oder bei Abstimmungen darauf hoffen, dass das

22 Pairing-Prinzip angewandt wird. 2018 brachte beispielsweise eine Abgeordnete der Grünen  
23 ihr schlafendes Baby mit in den Plenarsaal des Thüringer Landtags, um an einer Abstimmung  
24 teilzunehmen. Hierzu kam es aber nicht, da der Landtagspräsident die Abgeordnete mitsamt  
25 ihrem Kind des Saales verwies. Die Begründung: Die Geschäftsordnung des Landtags erlaube  
26 keinen Besuch und das Mitbringen des Babys gefährde das Kindeswohl.

27 Solche Zustände bezüglich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind nicht hinzunehmen  
28 und müssend dringend geändert werden

## G – Gesundheit und Pflege

### 1 **Antrag G01: Mutterschaftsgeld auch für Frauen in beruflicher Weiterbildung, die noch** 2 **familienversichert bei den Eltern sind**

3 **Antragsteller/in:** Bezirk Braunschweig

4 Es muss ein volles Mutterschaftsgeld in Höhe bis zum vollständigen durchschnittlichen Netto-  
5 Lohn aber maximal 13 Euro pro Tag über die gesamte Schutzfrist auch für familienversicherte  
6 gebärende Personen mit geringfügiger Beschäftigung geben. Deswegen muss eine Änderung  
7 im Mutterschutzgesetz bewirkt werden.

### 8 **Begründung:**

9 Jede gesetzlich krankenversicherte Mutter erhält für die Zeit der Schutzfristen vor und nach  
10 der Entbindung ein Mutterschaftsgeld in Höhe des vollständigen durchschnittlichen Netto-  
11 Lohns bis maximal 13 Euro pro Tag. Studentinnen unter 25 Jahren, die über ihre Eltern  
12 familienversichert sind, erhalten lediglich eine Einmalzahlung in Höhe von 210 Euro. Die  
13 minimale Schutzfrist bei Müttern beträgt 14 Wochen. Ihr Verdienst in diesen 14 Wochen  
14 wären insgesamt 1575 Euro. Somit fehlen einer jungen Mutter mindestens 1365 Euro.

1 **Antrag G02: Wie Niedersachsen Pflegevorräte werden könnte**

2 **Antragsteller/in:** Juso-Landesvorstand

3 **Wir fordern die Einführung eines Studiums für Pflegefachkräfte.**

4 Wir fordern Niedersachsen auf, sich den anderen Bundesländern, wie zum Beispiel  
5 Nordrhein-Westfalen, anzugleichen und ein Vollstudium in Bachelor und Master zu  
6 ermöglichen.

7

8 **Wir fordern die Finanzielle Unterstützung für den Ausbau der Pflegestudiengänge an**  
9 **Universitäten und Medizinischen Hochschulen**

10 Bislang gibt es nur wenige Hochschulen in Niedersachsen, die durch dieses Dilemma sich  
11 überhaupt mit dem Thema Pflege auseinandersetzen. Der Pflegestudiengang sollte zum  
12 Beispiel an Hochschulen und Universitäten angeboten werden die schon in diesem  
13 Bereich Erfahrung haben. Wie jene, die das duale Aufbaustudium schon anbieten, die  
14 schon Studiengänge wie Medizin, Physician Assistant o.ä. anbieten. Darüber hinaus  
15 würde dies die Forschungslandschaft fördern. So könnte neben der pflegerischen  
16 Versorgungsforschung, sich auch eine klinische Pflegeforschung etablieren und somit  
17 den Anschluss an den internationalen Standard halten. Zusätzlich ermöglicht die  
18 Etablierung der Pflegewissenschaft an Universitäten die Möglichkeit zur Promotion.  
19 Diese ist zum einen ebenfalls für die Förderung der Wissenschaftslandschaft und der  
20 Verbesserung der Versorgung relevant, aber stellt auch eine existenzielle Bedingung für  
21 die Ausbildung zukünftiger Pflegefachpersonen dar. So ist, laut dem neuen  
22 Pflegeberufegesetz, ein Masterabschluss der Berufs- und Pflegepädagogik notwendig,  
23 um an Berufsschulen unterrichten zu können. Um diese Lehrkräfte auszubilden  
24 müssen dem entsprechende Studienangebote geschaffen und gleichzeitig Professuren  
25 besetzt werden. Derzeit zeigt sich jedoch ein eher gegenteiliger Trend, so wurde in  
26 Vallendar die Fakultät für Pflegewissenschaften geschlossen und damit auch die  
27 Möglichkeit zur Promotion. Somit gibt es in Deutschland nur eine Handvoll von  
28 Standorten, die die Möglichkeit zur Promotion haben. Somit ist die Etablierung der  
29 Pflegewissenschaft an den Universitäten auch eine existenzielle Frage im Hinblick auf  
30 die berufliche Ausbildung der zukünftigen Pflegefachpersonen.

31

32 **Wir fordern, Fördergelder zur Realisierung von interprofessionellen**  
33 **Ausbildungsmodellen zusätzlich zu bezuschussen.**

34 Dies wäre zum Beispiel möglich in einem gemeinsamen Lernmodul "Dysphagie-  
35 Versorgung" zwischen Pflege und Logopädie.

36

37 **Wir fordern, analog zum Studium der Hebammenwissenschaft, eine**  
38 **Ausbildungsvergütung auch für Studierende der grundständigen Pflegestudiengänge.**

39 Anders als in der Ausbildung, erhalten Studierende des grundständigen Pflegestudiums  
40 keine Ausbildungsvergütung und müssen neben ihren theoretischen Unterricht ihre  
41 (unbezahlten) Praktika organisieren. Ansonsten ist die Wahl eines Pflegestudiums schlicht  
42 so unattraktiv, dass sich auch interessierte Schulabgänger sich davon abwenden.

43 Derzeitig ist die Lage für Studierende dieser Studiengänge als prekär anzusehen da ihnen,  
44 auch aufgrund des hohen praktischen Anteils, die Möglichkeit genommen wird einen  
45 Nebenjob auszuführen. Vorreiter ist derzeit das Bundesland Bayern, welches davorsteht,  
46 ein "Pflege-Stipendium" einzuführen.

47 Dass der Personalmangel in der Pflege dramatisch ist, ist hinlänglich bekannt. Jedoch darf  
48 dies nicht dazu führen, dass Auszubildende in ihren Einrichtungen als "Lückenfüller" für  
49 nicht besetzte Stellen dienen sollen. So ist es nicht selten, dass Auszubildende auf den  
50 Dienstplan mit angerechnet werden. Dies verhindert die Ausübung einer fachgerechten  
51 und qualifizierten praktischen Ausbildung und somit zu einer großen Unzufriedenheit auf  
52 Seiten der Auszubildenden, aber auch des Personals.

53 Die Akademisierung der Pflegeberufe ist hierbei nicht als "Selbstzweck" zu verstehen. Sie  
54 ist ein Weg die Versorgung, insbesondere in ländlichen Gebieten aber auch in der  
55 sektorenübergreifenden Versorgung, zu stärken. Es zeigt sich zum Beispiel, dass neben  
56 einem adäquaten "Pflegekraft zu Patienten" Verhältnisses, auch ein sogenannter

57 "Grade-Mix" (die Mischung unterschiedlicher Qualifikationen auf einen Bereich) im  
58 Krankenhaus einen signifikanten Effekt auf die Mortalitätsrate der Patienten hat. So kann  
59 allein durch einen 10% Anstieg der Hochschulabsolventen in der Praxis, die Mortalität um  
60 4% gesenkt werden (Aiken et al.,2014). Ähnliche Ergebnisse zeigen sich auch bei der  
61 Integration von hochschulisch ausgebildeten Pflegekräften in der Langzeitversorgung,  
62 sodass rund 47% der Krankenhauseinweisungen durch einen adäquaten Grade-Mix  
63 verhindert werden könnten und damit unnötige Kosten (am Beispiel der Schweiz) in Höhe  
64 von rund 1,5 Milliarden CHF verhindert werden könnten (Muench et al., 2019). Zu  
65 ähnlichen Ergebnissen kommt man für die Versorgung in Deutschland, mit 35%  
66 vermeidbaren Krankenhauseinweisungen und rund 750 Millionen Euro vermeidbaren  
67 Kosten pro Jahr (Bohnet-Joschko et al.,2021). Daher fordern wir die Förderung und den  
68 Ausbau intersektoraler und interprofessioneller Versorgungsangebote. Die benötigt eine  
69 Kompetenzerweiterung, unter anderem in Bezug auf heilkundliche Tätigkeiten, um dieses  
70 versteckte Potential entfalten zu können. Auch hier sind zwar erste Schritte im  
71 Koalitionsvertrag zu erkennen, aber Erfahrungsgemäß scheitern, auch erfolgreich  
72 abgeschlossene Projekte, am starken Lobbyismus bestimmter Verbände innerhalb des  
73 Systems und fließen so nie in die Regelversorgung ein. Es muss also hier ein klarer  
74 Reformwille zum einen auf Bundesebene, aber auch auf Landesebene, welcher wichtige  
75 Impulse setzen kann, erfolgen. Darüber hinaus benötigt es eine Aus- und  
76 Weiterbildungsoffensive. So müssen auch schon im Beruf stehende Pflegekräfte, zum  
77 Beispiel durch die Förderung von Weiterbildungs-Stipendien, die Möglichkeit erhalten  
78 nebenberuflich zu studieren, ohne dass dies zu einer erheblichen finanziellen Belastung  
79 führt und dieser Weg jedem offen steht. "Kein Abschluss ohne Anschluss" muss auch die  
80 Devise im Pflegeberuf sein und steht sinnbildlich für eine attraktive Ausbildung und einen  
81 attraktiven Beruf.

82 **Wir fordern die Einführung neuer Pflegeberufe und die Eröffnung**  
83 **Spezifizierungsstellen.**

84 Durch das Studium wäre es möglich die Ausbildung als reine Pflege am Patienten wieder  
85 zu lehren. Stellen wie Stationsleitung, Ausbildungsanleitung und weitere  
86 Qualifikationsberufe (siehe Auflistung) sollten Module des Curriculums im Studium  
87 werden:

- 88 • Pflegekräfte, die sich Auszubildenden oder Studierenden annehmen sollten in  
89 dieser Form geschult werden.
- 90 • Stationsleitung
- 91 • PA bzw Clinical Nurse, Qualitative Umsetzen zur Entlastung von Ärzten und  
92 Notdiensten, dazu müssten Heilmittelabrechnungen in Pflegeeinrichtungen  
93 zusätzlich erlaubt werden.
- 94 • Pflegemanagement und Qualitätssicherung
- 95 • Community Health Nurse - Pflegefachfrau/-mann für gesundheitliches in der  
96 Kommune, im Auftrag des öffentlichen Gesundheitswesens. Aufklärung,  
97 Prävention, Management. Sie führen Untersuchungen durch, beraten, managen  
98 Therapieverordnungen oder begleiten Betroffene bei psychischen oder chronischen  
99 Erkrankungen. Dies würde die ländliche Versorgung und den  
100 Landärzt\*innenmangel entlasten.

101

## 102 **Quellen**

103 Aiken L. et al. (2014) Nurse staffing and education and mortality in nine european countries: a retrospective  
104 observational study. Lancet Volume 383 (9931)

105 Bohnet-Joschko, S.; Valk-Draad, M-P.; Schulte, T. & Groene, O. (2021) Nursing home-sensitive conditions: analysis  
106 or routine health insurance data and modified Delphi analysis of potentially avoidable hospitalization [version 1;  
107 peer review: awaiting peer review] Link: <https://f1000research.com/articles/10-1223>

108 Muench, U. et al. (2019). Preventable hospitalizations from ambulatory care sensitive conditions in nursing  
109 homes: Evidence from Switzerland. International Journal of Public Health Volume 64

## I – Inneres

### 1 **Antrag I01: Strafe für heimlich gefilmte pornografische Inhalte**

2 **Antragsteller/in:** Bezirk Braunschweig

3 Immer wieder werden auf Festivals und anderen Großveranstaltungen heimlich Kameras in  
4 den Toiletten- und Duschräumen angebracht. Diese heimlich gedrehten Filme landen  
5 anschließend auf pornografischen Seiten. Meist wissen die Betroffenen, also die Gefilmten,  
6 nichts von alle dem. Aber was können sie tun, wenn sie es erfahren haben? Leider befinden  
7 sich diese Vorfälle in einer Art Grauzone des Gesetzes. Zum einen werden die  
8 Großraumduschen beispielsweise juristisch als öffentlicher Raum bewerten. Für eine  
9 „sexuelle Belästigung“ nach §184 i fehlt der körperliche Kontakt zum Opfer. Und auch der  
10 geplante §184 k StGB zum sog. „Upskirting“ stellt zwar einen längst fälligen und wichtigen  
11 Schritt zur Prävention sexueller Übergriffe dar, greift in der aktuellen Fassung in diesen  
12 Situationen aber bislang ebenfalls nicht. Das Problem ist hierbei, dass die Opfer zum Teil nackt  
13 sind und daher keine schutzdeckende Bekleidung tragen (zB Rock oder Handtuch), welche  
14 durch den Täter „überwunden“ wird. Daher ist es wichtig auch solche Fälle mit aufzunehmen,  
15 in denen die Opfer bereits nackt sind oder freiwillig sich entkleiden, wie zum Beispiel auch bei  
16 einem Toilettengang. Wichtig ist, dass der §184 k StGB bei den Sexualstraftaten verortet bleibt  
17 sowie nicht von §374 StGB erfasst wird. Dadurch würde ein Privatklagedelikt entstehen und  
18 die Staatsanwaltschaft wäre nicht mehr zu Klageerhebung verpflichtet. Da die Opfer ja aber  
19 meist gar nicht wissen, dass sie gefilmt wurden und es ihnen wohl auch kaum zumutbar ist,  
20 regelmäßig auf pornografischen Seiten zu schauen, ob es Videos von ihnen gibt, ist es  
21 unerlässlich, dass das Delikt unter das Legalitätsprinzip der Staatsanwaltschaft fällt.

22 Wir fordern daher eine Überarbeitung des geplanten §184 k StGB um auch so eben genannte  
23 Fälle vom Straftatbestand abzudecken und einen umfassenderen Schutz zu gewährleisten.

1 **Antrag I04: Errichtung einer\*s Beauftragte\*n gegen Rechtsextremismus**

2 **Antragsteller/in:** UB Region Hannover

3 Wir fordern konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen, die  
4 noch immer in verschiedensten Milieus Deutschlandweit zu finden sind.  
5 Aussteiger\*innenprogramme und Präventionsprogramme richten sich meist an  
6 sozialökonomisch schwache und randständige Personen. Rechtsextremismus ist jedoch ein  
7 weitverbreitetes Phänomen, welches in allen gesellschaftlichen Schichten anzutreffen ist. Das  
8 Programm der SPD „Wir gegen rechts – Demokratische Ordnung stärken und verteidigen“ ist  
9 ein guter Anfang, verharnt aber im Allgemeinen. Konkret umgesetzt werden soll deshalb die  
10 Errichtung eine\*r Beauftragte\*n gegen Rechtsextremismus in allen staatlichen Institutionen.  
11 Diese Stelle soll von Angehörigen der Institution besetzt werden und dazu dienen, dass keine  
12 rechtsextremistischen Aussagen oder Handlungen länger toleriert werden. Es geht darum,  
13 dass es Ansprechpartner\*innen gibt, an die Mann\*Frau sich wenden kann, wenn  
14 rechtsextremistische Aussagen oder Handlungen innerhalb einer Institution auffallen.

1 **Antrag I05: Keine Abschiebungen aus Niedersachsen!**

2 **Antragsteller/in:** Region Hannover

3 Für viele Menschen in Niedersachsen steht der Flughafen Hannover-Langenhagen für Urlaub,  
4 für Reisen, für Entspannung. Für einige Menschen repräsentiert dieser Flughafen jedoch  
5 genau das Gegenteil: Es ist ein Ort, der Existenzen vernichtet, Menschen in Nacht-und-Nebel-  
6 Aktionen aus ihrer Umgebung reißt und zum Teil massiven Gefahren aussetzt. Der Flughafen  
7 ist ein zentraler Abschiebe-Standort in Niedersachsen. **Für uns ist klar: Unser Bundesland darf**  
8 **nicht die Drehscheibe einer inhumanen Abschiebepolitik sein!**

9 Immer wieder beteiligt sich das Land Niedersachsen an Sammelabschiebungen. Das hat im  
10 Jahr 2021 unter anderem zwei Abschiebungen nach Afghanistan eingeschlossen. Schon im  
11 März 2021 kritisierten wir Jusos, der niedersächsische Flüchtlingsrat und andere Organisation  
12 eine Abschiebung nach Afghanistan, da bereits Anfang des Jahres allgemein bekannt war, wie  
13 unsicher und instabil Afghanistan war. **Noch im Juli 2021 wurden 27 Personen von**  
14 **Langenhagen aus in das Bürgerkriegsland abgeschoben** - nicht einmal sechs Wochen später  
15 standen die Taliban im Präsidentenpalast von Kabul. Am Beispiel Afghanistan zeigt sich, wie  
16 gleichgültig die aktuelle Abschiebepolitik gegenüber der massiven Gefährdung der  
17 Betroffenen in ihren Herkunftsländern ist. Es zeigt auch, wie sehr die hier getroffene  
18 Sicherheitseinschätzung von der Realität abweichen und wie schnell sich die Lage vor Ort  
19 ändern kann.

20 Doch nicht nur die Einschätzung der Lage in den Herkunftsländern geht oft an der Realität  
21 vorbei. Auch der Umgang der Behörden mit Personen, die von Abschiebungen bedroht sind,  
22 zeigt eine beunruhigende Gleichgültigkeit gegenüber den Lebensrealitäten dieser Menschen.  
23 Hier ließe sich eine ganze Reihe von Beispielen aufzählen: Der Fall von Farah Demir zum  
24 Beispiel, die als Intensivpflegerin an der Medizinischen Hochschule arbeitet, während der  
25 Corona-Krise Leben rettete und sich dabei sogar selbst mit dem Virus infizierte, und bei einem  
26 ausbleibenden Identitätsnachweis abgeschoben werden sollte. Demir flüchtete als kleines  
27 Kind mit ihren Eltern nach Deutschland, lebte und arbeitete seitdem ununterbrochen hier und  
28 hangelte sich trotzdem nur von befristeter Duldung zu Duldung - zum Teil im Abstand von  
29 wenigen Monaten. Ihre Identität sei nicht geklärt, hieß es. Viel realitätsferner kann die  
30 Bewertung einer Person, die fast ihr gesamtes Leben in Deutschland verbracht hat, kaum sein.  
31 Ohne massiven öffentlichen Druck und den Einsatz des Personalrats der MHH wäre Demir in  
32 dieser Auseinandersetzung mit den Behörden vermutlich völlig machtlos gewesen.

33 Im Landkreis Celle zerriss die Abschiebung eine Familie: Im Januar 2022 drang die Polizei  
34 nachts in die Wohnung der Familie ein und schob den suizidgefährdeten Vater mit vier Kindern  
35 nach Georgien ab. Die Mutter durfte aufgrund ihrer Risikoschwangerschaft in Deutschland  
36 bleiben. Ihr wurde die "freiwillige Ausreise" nahegelegt. Wie der Vater - insbesondere  
37 angesichts seiner psychischen Erkrankung - in der Lage sein soll, die Kinder alleine zu  
38 versorgen, ist unklar und für die Entscheidung, die Familie abzuschieben, nicht weiter von  
39 Bedeutung. Das Wohlergehen der Kinder spielt hierbei ganz offensichtlich keine Rolle. Zudem  
40 wurden die Anwäl\*innen der Familie so spät informiert, dass es ihnen zeitlich gar nicht mehr  
41 möglich war die Abschiebung zu verhindern.

42 Ein anderes Beispiel betrifft eine Familie aus Hannovers Südstadt. Die Mutter und ihre drei  
43 Kinder sollten nach Montenegro abgeschoben werden. Zwei der Kinder sind schwer  
44 sehbehindert. Ihr krebskranker Onkel wurde bereits im Februar 2021 abgeschoben. Eine für  
45 sie geeignete Lernumgebung werden sie in Montenegro aller Voraussicht nach nicht haben.  
46 Deshalb hofften die Familie und ihre Unterstützer\*innen im Dezember 2021 auf ein  
47 "Weihnachtswunder". Auch hier war es zivilgesellschaftliches Engagement, das den Fall  
48 überhaupt erst öffentlich machte und an die Politik appellierte. Aber was passiert mit  
49 Menschen, die keine Unterstützer\*innen haben? Die keinen Personalrat, keine  
50 Elternvertretung, keinen großen Freund\*innenkreis haben, der ihre Interessen auch  
51 gegenüber der Politik vertritt? **Und in was für einer Gesellschaft leben wir eigentlich, wenn  
52 das Schicksal einer Familie am seidenen Faden eines "Weihnachtswunders" hängt? Wir  
53 wollen endlich eine Migrationspolitik und eine Verwaltung, die die Lebensrealität der  
54 Migrant\*innen ernstnimmt!**

55 Als Jusos und SPD sollten wir die Anwältin all jener Menschen sein, die sich nicht alleine gegen  
56 die Mühlen der Bürokratie wehren können. Wir sind die Lobby all derjenigen, die gemeinsam  
57 mit uns in Niedersachsen leben und die in ihrer Existenz bedroht werden. Wir wollen ein  
58 Bundesland der Vielfalt sein, nicht der Abschiebungen.

#### 59 **Wir fordern deshalb:**

- 60 ● unsere kommunalen Mandatsträger\*innen auf, sich klar gegen Abschiebungen  
61 einzusetzen und sich mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zu solidarisieren, die  
62 immer wieder zu Demonstrationen gegen Abschiebungen aufrufen.
- 63 ● die niedersächsische Landesregierung auf, keine Sammelabschiebungen mehr  
64 durchzuführen und sich auf der Bundesebene für eine humane Migrationspolitik  
65 einzusetzen. Hier erwarten insbesondere vom niedersächsische Innenministerium  
66 klare Stellungnahmen.
- 67 ● dass die niedersächsische Landesregierung und ihr untergeordnete Behörden ihre  
68 Ermessensspielräume endlich zugunsten von Migrant\*innen nutzen, insbesondere bei  
69 der Frage scheinbar ungeklärter Identitäten. Außerdem muss z.B. bei  
70 Ausländer\*innenbehörden ein verstärkter Fokus auf Beratungsangeboten für  
71 Migrant\*innen liegen. Wir erwarten, dass sich im Verwaltungshandeln ein klarer Wille  
72 widerspiegelt, Migrant\*innen beim Erzielen eines sicheren Aufenthaltsrechts zu  
73 unterstützen.
- 74 ● den Schutz von Kindern im Kontext von Abschiebungen stärker in den Fokus zu rücken.  
75 Das Kindeswohl muss in der Verwaltungspraxis priorisiert werden.
- 76 ● eine Umsetzung der Forderungen, die die Kommission zu Fragen der Migration und  
77 Teilhabe im Niedersächsischen Landtag, im März 2021 an die Landesregierung  
78 richtete. Dazu zählt unter anderem eine Liberalisierung des Bleiberechts, ein  
79 Bleiberecht für alle Menschen, die mindestens seit 5 Jahren in Deutschland leben  
80 sowie ein umfassendes Beratungsangebot.
- 81 ● die Umsetzung des bereits 2016 im Landtag gefassten Beschlusses, das Wahlrecht bei  
82 den niedersächsischen Kommunalwahlen für Nicht-EU-Staatsangehörige zu öffnen.

- 83            Kommunen und Landesregierungen sollen sich dazu auf Bundesebene für die nötige  
84            Grundgesetzänderung einsetzen.
- 85            ● dass die niedersächsische Landesregierung die Bundesregierung zur zügigen und  
86            umfassenden Umsetzung der im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP  
87            vereinbarten migrationspolitischen Reformen anhält, insbesondere die Abschaffung  
88            von Kettenduldungen und die Erleichterung der Einbürgerung.
  - 89            ● dass die SPD Niedersachsen die Praxis der Abschiebungen grundsätzlich in Frage stellt  
90            und Perspektiven entwickelt, wie eine Migrationspolitik ohne Abschiebungen gestaltet  
91            werden kann.

## O – Organisatorisches

### 1 **Antrag O01: SPD-Cloud**

#### 2 **Antragsteller/in:** Bezirk Braunschweig

3 Der SPD-Bundesvorstand wird aufgefordert, eine Cloudlösung zur Nutzung durch alle SPD-  
4 Gliederungen einzurichten. Diese umfasst neben einem personalisierten Zugangssystem freie  
5 Speichernutzung aller Gliederungen, eine Kalenderfunktion und eine Textfunktion, bspw.  
6 durch ein Etherpad, in welchem Diskussionen und Änderungen nachverfolgt werden können.  
7 Datenschutz und Datensicherheit muss, trotz dringend notwendiger IT-Lösungen an oberster  
8 Priorität stehen. Dies muss bei der Entwicklung und Durchführung der SPD-Cloud  
9 berücksichtigt werden

#### 10 **Begründung:**

11 Die Parteiarbeit wird seit vielen Jahren zu einem großen Teil digital geleistet. So werden  
12 Anträge digital geschrieben, die Kommunikation läuft zu großen Teilen über E-Mail ab und  
13 auch Bestellungen im SPD-Shop sind digital organisiert. Bis jetzt fehlt jedoch die Möglichkeit,  
14 dass die einzelnen Gliederungen Dateien (bspw. eigene Flyer, Zeitungen, Anträge, Protokolle,  
15 etc.) in einem internen System ablegen können, wodurch sie auf datenschutzrechtlich  
16 problematische Alternativen zurückgreifen müssen. Zudem ist die Arbeit somit ein technischer  
17 Flickenteppich, sodass auch die Zusammenarbeit verschiedener Gliederungen und Ebenen  
18 erschwert wird. Durch eine zentrale interne Lösung könnten zudem Änderungsanträge auf  
19 Parteitag transparenter gestaltet werden. Auch könnten Diskussionen im Vorfeld von  
20 Parteitagen schon digital vorbereitet werden. Auch Dienstleistungen vor Ort wie das Mieten  
21 von eigenen Räumlichkeiten könnten so barrierearm organisiert werden.

## S – Soziales

- 1 **Antrag S01: Ausnahmeregelungen für Sozialhilfe unbeschränkt beibehalten**
- 2 **Antragsteller/in:** Bezirk Braunschweig
- 3 Der vereinfachte Zugang zur Sozialhilfe hat vielen Menschen in der Corona-Pandemie die
- 4 Existenzgrundlage gesichert.
- 5 Wir fordern, dass der vereinfachte Zugang zur Sozialhilfe unbeschränkt beibehalten wird und
- 6 die Ausnahmeregelung zur Prüfung des Vermögens generell und zeitlich unbefristet
- 7 eingeführt werden.

## U – Umwelt

### 1 **Antrag U01: Schwarzer Kunststoff raus aus den Marktregalen**

2 **Antragsteller/in:** UB Region Hannover

3 Wir fordern mehr staatliche Beschränkungen für die Verwendung von nicht recycelbaren  
4 Kunststoffen. Als ersten Zwischenschritt sollte der freie Gebrauch von schwarzen Kunststoffen  
5 verboten werden, da dieser aktuell nicht vollständig recycelbar ist.

6 Gleichzeitig befürworten wir eine größere Unterstützung von der Forschung an  
7 technologischen Verbesserungen im Recyclingprozess.

### 8 **Begründung:**

9 Im Jahr 2019 wurden in Deutschland nur 42% der Kunststoffabfälle recycelt und wieder im  
10 Sinne der Kreislaufwirtschaft verwertet. Einen nicht zu ignorierender Anteil daran haben  
11 Kunststoffe der Farbe schwarz. Diese Verpackungen können aufgrund der bisher fehlenden  
12 technischen Möglichkeiten nicht von anders farbigen Kunststoffen getrennt werden und  
13 landen dann meist in der thermischen Verwertung. Somit haben sie keine Chance  
14 ressourcentechnisch wiederverwertet zu werden. Da Kunststoff in der Produktion viele  
15 Wertstoffe benötigt, bei denen die Grundlage zumeist verarbeiteter Erdöl ist. Also nicht sehr  
16 nachhaltig. Da zudem der Energieaufwand der Produktion enorm ist, sollte gerade hier auf  
17 eine sinnlose Entsorgung verzichtet werden. Da die schwarzen Kunststoffverpackungen in der  
18 Supermarktpalette vor allem aus Design und Werbegründen benutzt werden, müssen hier die  
19 Erzeuger in die Pflicht genommen werden, diese aus dem Sortiment zu nehmen und bis eine  
20 bessere Trennung möglich ist auf schwarzen Kunststoff verzichten. Es gibt zwar schon  
21 Technologien, die eine Trennung ermöglichen. Jedoch befinden sich diese noch im  
22 Entwicklungsstadium und werden bei abgeschlossener Entwicklung erst nach und nach  
23 herkömmliche Trennanlagen ersetzen. Dies wird noch Jahre benötigen.

24 Um bis dahin nicht noch mehr Kunststoffe unnötig der Kreislaufwirtschaft zu entziehen und  
25 damit Ressourcen zu verschwenden, fordern wir, dass Verpackungen und Einmalprodukte mit  
26 schwarzen Kunststoffanteilen, bei denen die schwarze Farbgebung nicht nachweisbar eine  
27 Notwendigkeit besitzt, verboten werden.

1 **Antrag U02: Bepflanzung von Flachdächern**

2 **Antragsteller/in:** UB Region Hannover

3 Die Landesregierung wird beauftragt, die Begrünung der Dächer von Bushaltestellen und  
4 Bahnanlagen sowie weiterer geeigneter Dachflächen des Landes Niedersachsen zu planen und  
5 durchzuführen beziehungsweise auszuschreiben. Falls es notwendig ist, soll das Land dabei  
6 den Kontakt zur Deutschen Bahn sowie anderen Betreibern und Betreiberinnen  
7 beziehungsweise Inhabern und Inhaberinnen auf suchen.

8 **Begründung:**

9 Im Zuge des Klimawandels und den damit in Verbindung stehenden Folgen, wie beispielsweise  
10 dem Bienensterben, sind nachhaltige und gut durchsetzbare Lösungen dringend gefordert.  
11 Vor allem in vielen deutschen Großstädten fehlt es an Grünflächen, da die Erschließung eben  
12 dieser durch den Mangel an freien Plätzen massiv erschwert wird. Allerdings zeichnet sich ein  
13 ähnliches Problem auch in kleineren Städten ab. So weichen grüne und verschieden  
14 bepflanzte Gärten immer mehr modernen Steingärten. Wieso also nicht den Platz nutzen, den  
15 man sowieso schon, in Form von Bushaltestellendächern hat und einfach fürs Klima nutzen.  
16 In Hannover existieren bereits einige wenige Bushaltestellen, deren Dächer als Blühstreifen  
17 genutzt werden. Ein weiteres positives Beispiel wäre die Stadt Utrecht in den Niederlanden.  
18 Hier wurden insgesamt 300 Bushaltestellendächer mit großer Zufriedenheit der Bürger  
19 bepflanzt, da es neben den Umweltaspekten auch das Stadtbild verschönert hat. Dieses  
20 Konzept sollte somit in jedem Fall in ganz Niedersachsen etabliert, wenn nicht sogar noch  
21 verbessert werden, in dem man nicht nur Bushaltestellen, sondern auch andere Dächer sucht,  
22 auf denen man solche Blühstreifen installieren könnte. Denkbar wären beispielsweise Schulen  
23 oder Sporthallen, welche noch über ein Flachdach verfügen.

## V – Verkehr

1 **Antrag V02: Regelmäßige verpflichtende Sehtests für Autofahrer\*innen**

2 **Antragsteller/in:** UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg

3 Die Landeskonzferenz möge beschließen, dass Menschen, die im Besitz einer Fahrerlaubnis  
4 sind, alle 2 Jahre einen Sehtest machen müssen, der für sie kostenlos ist.

5 **Begründung:**

6 Derzeit benötigt man nur einmal einen Sehtest für den Führerschein und zwar gleich zu Beginn  
7 der Karriere auf der Straße. Das ist entschieden zu wenig! Die Sehkraft der Menschen bleibt  
8 in der Regel nicht gleich und verändert sich mit den Jahren. Oft merken die Betroffenen erst  
9 gar nicht richtig, dass sie Verkehrsschilder und andere Verkehrsteilnehmer\*innen viel zu spät  
10 erkennen. Das ist eine absolute Gefährdung aller anderen Verkehrsteilnehmer\*innen, die  
11 unterwegs sind. Regelmäßige Sehtests würden an dieser Stelle helfen, damit es ein bisschen  
12 sicherer auf unseren Straßen wird.

- 1 **Antrag V04: Tempolimit auf Autobahnen**
- 2 **Antragsteller/in:** Bezirk Braunschweig
- 3 Wir fordern, die Einführung eines Tempolimits von 130 km/h auf Autobahnen, auch für die
- 4 linke Spur.

## X – Sonstiges

### 1 **Antrag X03: Änderung Niedersächsisches Kommunalwahlgesetz**

2 **Antragsteller/in:** Bezirk Braunschweig

3 Wir fordern die niedersächsische Landtagsfraktion dazu auf, dass Kommunalwahlgesetz  
4 dahingehend zu ändern, dass keine private Anschrift zwingend und automatisch von  
5 MandatsträgerInnen der Kommunen veröffentlicht wird, wenn der Wunsch besteht diese zu  
6 veröffentlichen, soll es weiterhin die Möglichkeit geben diese auf entsprechenden  
7 Plattformen zu veröffentlichen. In diesem Zuge fordern wir die SPD auf mit gutem Beispiel  
8 voranzugehen und auf allen Ebenen persönliche Daten von FunktionärInnen und Mitgliedern  
9 nur bei ausdrücklicher Genehmigung des Mitglieds für die konkrete Datenverwendung zu  
10 veröffentlichen.

#### 11 **Begründung:**

12 Die Veröffentlichungen von Adressen der einzelnen MandatsträgerInnen mag zu einer Zeit  
13 sinnvoll gewesen sein, als nicht jeder Haushalt über einen Telefonanschluss verfügt hat.  
14 Inzwischen ist davon auszugehen, dass jede Person telefonisch, per Mail oder über andere  
15 Nachrichtendienste erreichbar ist.

16 Ebenso ist die Veröffentlichung der Adressen im Zusammenhang mit den steigenden Angriffen  
17 auf Abgeordnete und PolitikerInnen höchst kritisch zu sehen. Wir erinnern uns alle an die  
18 schreckliche Nachricht vom Tod Walter Lübckes, der auf der Terrasse seines Wohnhauses von  
19 einem Rechtsextremisten ermordet wurde. Ein weiteres Beispiel bietet der ehemalige  
20 Tröglitzer Bürgermeister Markus Nierth, der von seinem Amt zurückgetreten ist, nachdem die  
21 NPD eine Demonstration vor seinem Wohnhaus veranstaltet hat. Es geht hierbei nicht nur um  
22 den Schutz der Mandatsträger\*innen, sondern auch um den der Angehörigen.

1 **Antrag X04: Die Wie-Für-Mich-Gemacht-Kommune: Wohlfühlräume schaffen statt**  
2 **Verbote und Verdrängung zu befeuern**

3 **Antragsteller/in:** UB Region Hannover

4 Wir fordern SPD-Mandatsträger\*innen aller Ebenen dazu auf, sich bei öffentlichen  
5 Bauvorhaben und Quartiersentwicklungen für eine beteiligungsorientierte Schaffung von  
6 Wohlfühlräumen einzusetzen. Im öffentlichen Raum muss für alle Menschen Sicherheit  
7 bestehen – aber dies nicht nur im Sinne von Polizeipräsenz und positiver Kriminalstatistiken,  
8 sondern es muss auch für alle Wohlbefinden im Sinne von Awareness subjektiv empfunden  
9 werden. Öffentliche Wohlfühlräume werden diesem Anspruch gerecht.

10 Ihr Gegenteil – Angst- und Gewalträume – ist ein weit verbreitetes Problem im öffentlichen  
11 Raum. Sie zu relativieren, zu stigmatisieren oder gar zu negieren wird dem Problem nicht  
12 gerecht. Auch die bloße Erhöhung von Polizeipräsenz oder die Ausweitung von  
13 Videoüberwachung im öffentlichen Raum sind nicht hilfreich, um dieses Problem nachhaltig  
14 zu lösen.

15 **Begründung:**

16 Wohlfühlräume stehen zum einen für weitgehend konfliktfreie und barrierefreie öffentliche  
17 Räume mit einem vielfältigen Angebot für alle, die unter Beteiligung von Bürger\*innen  
18 innerhalb einer Nachbar\*innenschaft gestaltet werden. Sie sind aber andererseits auch der  
19 Gegenbegriff zu Angst- und Gewalträumen, die für bestimmte Gruppen ein  
20 Unsicherheitsgefühl oder sogar Abschreckung bedeuten. Vor allem dunkle Ecken, Baustellen,  
21 Verdreckung, unangenehmer Geruch und nicht ausgeräumte Nutzungskonflikte  
22 verschiedener Gruppen im öffentlichen Raum begünstigen Angst- und Gewalträume immens.  
23 Dem setzen öffentliche Wohlfühlräume eine offene, übersichtliche, gut beleuchtete und auf  
24 die Nutzung der ansässigen Menschengruppen abgestimmte Bauweise entgegen. Darüber  
25 hinaus fördern Beteiligung und die verstärkte Belebung von Wohlfühlräumen die soziale  
26 Verantwortung und die Sensibilität der Anwohner\*innen.

27 Leider liegt in der öffentlichen sowie in der politischen Debatte viel zu oft der Fokus darauf,  
28 wie man bestimmte Gruppen aus öffentlichem Raum ausschließt oder wie man öffentlichen  
29 Raum am besten vermarkten kann. Beispiele sind hierfür Alkoholkonsumverbote im Nah- und  
30 Fernverkehr oder auch die Verdrängungsdebatten um – vor allem bei jungen Menschen –  
31 beliebte Orte. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist einer der zentralen Aufgaben  
32 unserer Kommunalpolitik, aber bezahlbarer Wohnraum nutzt nicht viel, wenn er in keinem  
33 liebens- und lebenswerten Quartier entsteht bzw. wenn im Kontext neuer Wohnviertel nicht  
34 solche Quartiere entstehen.

35 Vor allem in der Stadt Hannover haben wir mit den Stadtbezirksräten politisch legitimierte  
36 Gremien, die sich durch die Nähe zu den Quartieren und Nachbar\*innenschaften sehr für  
37 diese notwendigen Beteiligungen eignen. Daher liegt auch eine besondere Verantwortung für  
38 die Umsetzung unserer Forderungen bei den Orts- und Stadtbezirksräten.

1 **Antrag X05: Gebt das Hanföl frei!**

2 **Antragsteller/in:** UB Region Hannover

3 Wir Jusos fordern, dass die EU-Kommission ihre Pläne, natürliches CBD als Betäubungsmittel  
4 zu behandeln, umgehend einstellt. Stattdessen sollte eine Regulierung von CBD-Produkten  
5 angestrebt werden, die den Schutz der Verbraucher\*Innen und ihrer Gesundheit sicherstellt,  
6 ohne ihnen den Zugang zu dem pflanzlichen Produkt zu erschweren.

7 **Begründung:**

8 Bei natürlichem CBD (Cannabidiol) handelt es sich um einen Wirkstoff, der aus Blüten der  
9 Hanfpflanze gewonnen wird, aber im Gegensatz zu THC keine psychoaktive Wirkung hat.  
10 Allerdings kann CBD zur Linderung von Schmerzen, Nervenleiden und zu kosmetischen  
11 Zwecken eingesetzt werden.

12 Zur Zeit wird eine bunte Reihe an CBD-haltigen Produkten vertrieben, deren Zulassungsstatus  
13 zum Teil ungeklärt ist. Bestrebungen der Hersteller, ihre Produkte bei der EU zuzulassen,  
14 verliefen bisher im Sande. Die rechtliche Handhabung in Deutschland wird von den  
15 Bundesländern sehr uneinheitlich vorgenommen, hier treibt der Föderalismus wieder einmal  
16 seltsame Blüten. Einige Drogeriemärkte und Apotheken führten eine zeitlang CBD-Produkte,  
17 nunmehr findet man sie vor allem im Online-Handel und speziellen Hanfgeschäften.

18 Die EU-Kommission vertritt momentan die Ansicht, "dass CBD, welches aus den Blüten und  
19 Fruchtständen der Cannabis Pflanze (*Cannabis sativa* L.) gewonnen wird, als Betäubungsmittel  
20 gemäß des Einheitsabkommens über die Betäubungsmittel der Vereinten Nationen von 1961  
21 behandelt werden sollten." Künstlich hergestelltes CBD wäre demnach unproblematisch.

22 Die aktuelle Position der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist jedoch, dass CBD nicht als  
23 Betäubungsmittel einzustufen sei, da es kein Missbrauchs- oder Abhängigkeitspotenzial zeigt  
24 und der geistige Zustand nach einer Einnahme nicht verändert wird.

25 Für uns Jusos ist klar: in Bezug auf das medizinisch nützliche CBD ist Prohibition ein noch  
26 größerer Irrweg als bei wirklichen Rauschmitteln. Wir fordern die SPD auf, sich für eine  
27 Regelung mit Augenmaß im Sinne der Verbraucher\*innen einzusetzen.